

b unabhängige **auernstimme**

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

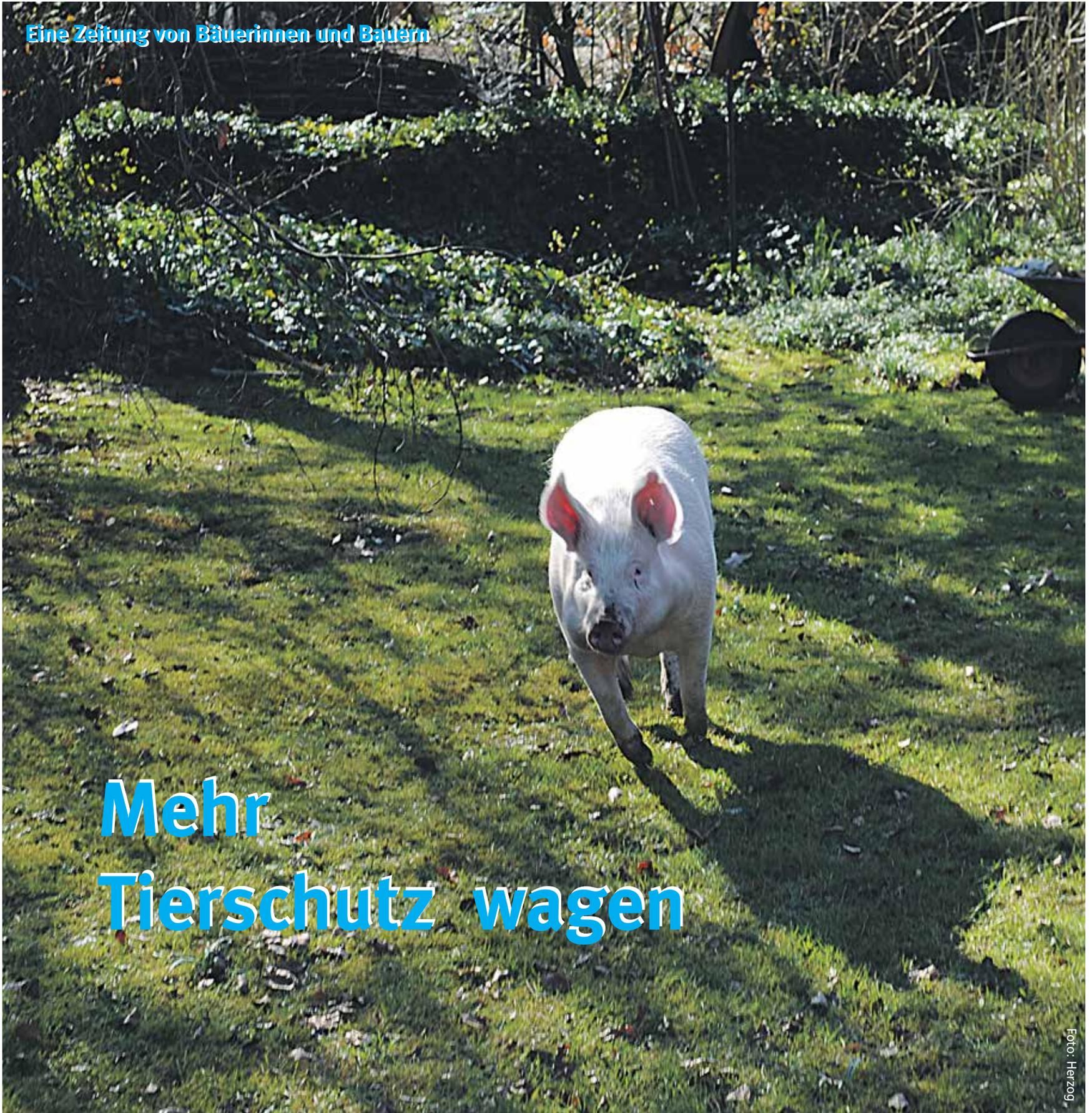


Foto: Herzog

Mehr Tierschutz wagen

Tierschutz

Alle reden von Tierwohl: Neuland feiert 25 Jahre konsequente Praxiserfahrung. Die Biobranche erlebt Skandale und sieht Optimierungsbedarf. Und der Bauernverband gründet eine Tierwohl-Initiative mit Verarbeitern und Handel. Auf den **Seiten 2 und 11 bis 14**.

Agrarpolitik

Die nationale Umsetzung der EU-Agrarreform steht an. Ministerialdirektor Wolfgang Reimer erklärt die aktuellen Planungen. Auf EU-Ebene war Milch Konferenzthema und soll unter Beobachtung gestellt werden. Zusammenhänge verstehen auf den **Seiten 4, 5 und 7**.

Bewegung

Der Kampf gegen einen Großschlachthof mobilisiert Tausende, die vereint für mehr Tierwohl, regionale Strukturen, faire Preise und ein menschenwürdiges Existenzminimum demonstrieren. Von gvo-freiem Soja-Anbau im Kraichgau und vieles mehr auf den **Seiten 6, 8 und 17**.

Die Seite 3

Krabben gebündelt für mehr Markteinfluss 3

Agrarpolitik

150 Euro Zuschlag für die ersten 46 Hektar 4

Neuland wagen 5

Bewegung

Friedlicher Widerstand: Schlachthof umzingeln. 6

Bauern und Schreiber auf der Alm 8

Windkraft? Ja, aber 10

Wieder weniger chemisch ackern. 16

Regional statt aus Übersee. 17

Shut down Megaschlachthöfe 20

Milch

Liberalisieren oder gezielt steuern? 7

Schwerpunkt

Tierwohl durch die kostensparende Hintertür 11

Bio muss bäuerlich Tiere halten. 12

Von der Provokation zum Leitbild 13

Mit der Tierwohl-Checkliste durch den Stall. 13

Tierwohl- und Umwelt-Vorgaben durchsetzen 14

Nachbau

Renaissance der Stinker 15

Vielfalt zulassen! 15

Aus fernen Ländern

Wer bleibt? 18

Weitere Themen

Zu Besuch bei Sonja Hellbaum und Johannes Hartkemeyer, Seite 9; Landleben Seite 19; Lesen Seite 21; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23

Inhaltsverzeichnis

Als die AbL vor genau 25 Jahren zusammen mit anderen Organisationen das Neulandprogramm entwickelte, standen dort gleich mehrere wichtige Forderungen im Mittelpunkt. In erster Linie war es das Tier, welches die Möglichkeit haben sollte, seine angeborenen Verhaltensweisen ausleben zu können. Dafür mussten Haltungssysteme entwickelt werden, die auch arbeitswirtschaftlich handhabbar waren. Die Mehrarbeit, welche die Strohhaltung verursachte, sollte über einen höheren Verkaufspreis ausgeglichen werden. Mehr noch, ein Festpreissystem sollte ein kalkulierbares Einkommen sichern, ohne ständig den Bestand erweitern zu müssen. 25 Jahre danach steht die Debatte um eine artgerechte Tierhaltung mehr in der gesellschaftlichen Diskussion als je zuvor. Zwar hat man es geschafft, die Käfighaltung bei Hühnern zu verbieten und die Gruppenhaltung im Sauenbereich vorzuschreiben, aber gerade im Geflügelmastbereich



Kommentar

Branchenlösung will Tierwohl verhindern

sind die Haltungsbedingungen eher brutaler geworden. Und der hohe Einsatz von Antibiotika in der Mast ist für mich ein sicheres Zeichen dafür, dass die konventionellen Haltungssysteme die Tiere krank machen. Wie ist es sonst zu erklären, dass Neulandbetriebe kaum Antibiotika einsetzen müssen?

Mittlerweile ist der gesellschaftliche und politische Druck so groß, dass der Bauernverband mit schönreden allein nicht mehr weiterkommt. Auch der Lebensmittelhandel befürchtet, dass die Verbraucher mehr und mehr zu Vegetariern werden. Also hat man Anfang September ein gemeinsames Konzept vorgestellt, die so genannte Branchenlösung. Hauptziel dieser Lösung ist offensichtlich, die bisherigen Haltungsbedingungen als Tierschutz zu verkaufen. Die Tatsache, dass jenes Fleisch gar nicht extra gekennzeichnet werden soll, zeigt, das es sich wohl eher um PR für die Branche handelt, als um eine wirkliche Initiative für mehr Tierwohl. Und kosten soll es nach Möglichkeit auch nichts. So sind für zehn Prozent mehr Platz fürs Tier und Zugang zu einer Raufutterraufe noch nicht mal drei Euro Mehrerlös pro Schwein vorgesehen, was anhand der kalkulatorischen Mehrkosten berechnet worden ist. Der Bauernverband als Mitinitiator hat also gar kein Interesse daran, dass die Betriebe durch Tierwohl mehr Geld Erlösen. Wenn man wirklich mehr Tierwohl möchte, dann geht das nicht ohne deutlich höhere Auszahlungspreise. Und wenn man wirklich an Tierwohl interessiert ist, muss man, wie wir vor 25 Jahren, anfangen an die Bedürfnisse der jeweiligen Tierart zu denken. Für Schweine bedeutet das vor allem, dass sie zwischen zwei Klimabereichen wählen können, dass sie eine weiche, verformbare Unterlage zum Liegen haben, dass sie ihren Wühltrieb ausleben können und dass sie genügend Platz haben, um sich mal auszutoben.

In der AbL sammeln sich die vielen Praktiker, die seit Jahren wissen, wie man Tiere vernünftig hält. Wir sollten unsere Erfahrungen in die sicherlich noch lange Debatte um Tierwohl mit einbringen, denn nichts ist überzeugender als jahrelange praktische Beispiele. Aber genauso wichtig ist die Forderung von uns Bauern, dass das alles nicht zum Nulltarif zu haben ist. Das Netzwerk „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ hat großen Einfluss auf die aktuelle Diskussion um die Nutztierhaltung. Wir müssen uns jetzt Gedanken machen, wie wir diese Stimmung nutzen, um einer ehrlichen, artgerechten Tierhaltung Marktanteile zu verschaffen. Denn wenn wir selbstkritisch sind, dann können wir mit der Marktdurchdringung von artgerecht erzeugtem Fleisch nicht zufrieden sein. Das Ziel der Branchenlösung ist, genau diese Marktdurchdringung zu verhindern, indem sie nicht mehr differenzieren will. Deswegen ist es jetzt so wichtig, darauf aufmerksam zu machen, dass es sich bei der Initiative von LEH, Schlachtindustrie und Bauernverband um reine Verbrauchertäuschung handelt.

Martin Schulz,
AbL-Bundesvorstand

Impressum



Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/9 05 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;
Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
 Claudia Schievelbein: 02381-492289
 Christine Weißenberg: 02381-492210
 Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag/ Aboverwaltung: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung: KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel, Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de

Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)

Abonnementpreis: 39,60 € jährlich, verbilligt auf Antrag 28,40 € jährlich
Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632; Postvertriebsstück 1 K 12858E

Zum Titelbild:

Eine außergewöhnliche, artgerechte Tierhaltung als Symbol nötiger Bewegung für mehr Tierwohl fotografiert von Marlene Herzog bei Ralf Heimann in Rinkerode, NRW.

Krabben gebündelt für mehr Markteinfluss

Wie der Arbeitsalltag von Krabbenfischern und ihre Antwort auf Konzentrationen im Handel aussieht

„Dann zieh‘ Dir wenigstens das Ölzeug an!“, ruft mir Friedhelm Müller (44), Kapitän des Krabbenkutters „Merlan“, schmunzelnd aus dem Steuerhaus zu. Es wird langsam hell über dem Wattenmeer zwischen Festland und den Nordseeinseln Baltrum und Juist. Windig ist es und mittlerweile regnet es auch – gerade werden die beiden Netze des Kutters zum zweiten Mal eingeholt. Hin und wieder schwappen die Wellen so an die Bordwand, dass sich ein ordentlicher Schauer über das Deck ergießt. Ich möchte trotzdem raus und mitbekommen, wie der Fang entladen, sortiert und verarbeitet wird – und bekomme seetaugliche Regenklamotten geliehen. Um Mitternacht habe ich Müller und seinen Matrosen Uwe Hoogstraat (21) im Hafen von Greetsiel in Ostfriesland getroffen und bin an Bord des 16 m langen Schiffes gegangen. Mich interessiert der Arbeitsalltag der Fischer, die genauso wie Bauern und Bäuerinnen natürliche Ressourcen nutzen und stark vom Wetter abhängig sind. Neben allen Unterschieden, die einem dennoch in den Kopf kommen, haben die Fischer, bezogen auf die Vermarktung, auch ganz ähnliche Probleme wie in der Landwirtschaft: Der Handel ist stark konzentriert, jeder fischt für sich, zeitweise sind so viele Krabben auf dem Markt, dass die Preise in den Keller rutschen und nicht mehr kostendeckend sind.

Solidarisch mit Milchbauern

Deshalb haben sich die Krabbenfischer in den letzten Jahren immer wieder mit den Milchbauern solidarisiert und gemeinsam für kostendeckende Preise demonstriert. Als im Frühjahr 2011, zu Beginn der Krabbensaison, in der sonst bis zu acht Euro pro Kilo Krabben gezahlt werden, die Preise unter drei Euro lagen, entschloss sich ein Großteil der Fischer, im Hafen zu bleiben. Die Händler erwarteten nur einen kurzen Streik und griffen verstärkt auf die noch reichlich gefüllten Lager tiefgefrorener Krabben zurück. Doch die Fischer hielten vier Wochen durch, die verfügbare Krabbenmenge sank und die Preise stiegen wieder an. Seit Anfang dieses Jahres haben sich über 60 % der deutschen Krabbenfischer, zu denen auch Müller zählt, in einer Erzeugergemeinschaft zusammengeschlossen, um ihre Fangmengen zu bündeln. Im Falle von sehr hohem Krabbenaufkommen und Niedrigstpreisen wollen sie sich selbst Fangquoten auferlegen, um die angelandeten

Mengen zu begrenzen und den Preis hochzuhalten. Alles braucht hier seine Zeit: allein um aus dem Hafen und durch die Schleuse aufs offene Wattenmeer zu kommen vergeht eine Stunde. Das Schleusen findet nur bei Hochwasser statt und so verschiebt sich der Arbeitsbeginn der Fischer den Gezeiten entsprechend täglich um etwa 50 Minuten. Die Krabben halten sich in der Nähe der Sandbänke auf. Im Frühjahr kommen sie aus der Nordsee in die flachen Gewässer des Wattenmeeres, um dort abzulaichen. Bis zum Herbst vergrößert sich die Population, bis die Krustentiere sich zum Winter wieder zurückziehen. Der Krabbenfang ist ein Saisongeschäft von April bis November für die nicht hochseetauglichen Kutter. Deshalb frieren die Händler von den üppigen Fängen im Herbst Vorräte für den Winter ein. Jeder Fischer hat eigene Erfahrungen zu Fanggebieten und eine individuelle Auswahl sogenannter „Striche“ – Strecken, entlang denen er die Netze schleppt. Bis zu zwei Stunden und mehr kann ein solcher „Fischzug“ dauern. In dieser Zeit ist nicht viel mehr zu tun als den Kurs zu halten –

Geduld ist gefragt. Friedhelm Müller und Uwe Hoogstraat schnacken per Funk mit Kollegen, surfen im Internet, trinken Kaffee – und ich stelle Fragen und beobachte erst den Sternenhimmel und später andere Fischerboote, Seehunde, Kegelrobben und Möwen.

Arbeit mit fließend Wasser

Wenn die Netze per Hydraulik und Stahlseilwinden eingeholt werden, beginnt die Aktivität an Deck: Der Fang wird in eine große Wanne geleert: zwischen grau durchscheinenden Krabben laufen Krebse umher und schnappen mit ihren Scheren, dazwischen liegen kleine, schillernde Fische und Seesterne. Gespült mit Meerwasser werden die Tiere über ein Förderband in eine Sortiertrommel befördert. Im Netz wurde durch Vornetze und eine Maschenweite von 2,5 cm „ausgewählt“. Der trotzdem enthaltene zu kleine oder zu große Beifang überlebt die Prozedur nur selten oder in Form der Krebse – und endet somit zwar wieder im Wasser, aber hauptsächlich als Möwenfutter. Die Krabben werden in einem großen Wasserbehälter gekocht. Dann werden sie

nochmals gespült und per Hand auf noch enthaltene Torfstückchen, kleine Fische und anderes durchsortiert – eine Arbeit fast wie am Sortierband im Kartoffellager. Über eine Rutsche gelangen die nun durchs Kochen rötlichen Krabben in den Kühlraum unter Deck. 300 bis 800 kg Krabben kommen so pro Tag zusammen und werden im Hafen in Kühl-LKWs umgeladen. Die Erzeugergemeinschaft betreibt in Neuuharlingersiel eine eigene Anlage zur Größensortierung der Krabben. Der Fang aus den verschiedenen Häfen wird dort zusammengefasst und erst nach diesem Verarbeitungsschritt an einen Händler abgegeben, der sie zum Pulen, d.h. Entfernen des Chitinpanzers per Hand, nach Marokko fährt. Aufkäufer sind zur Zeit die niederländischen Firmen Heiploeg und Klaas Puul.

Gemeinsam Perspektive schaffen

„Der Handel ist schon sehr konzentriert – eigentlich alles in der Hand von ein paar holländischen Unternehmen“, erklärt Müller. In Greetsiel gibt es noch einen eigenständigen Händler, dem die Gründung der Erzeugergemeinschaft sehr missfällt. Zuvor hatte er alle Krabben der 26 Fischer des Hafens vermarktet. Über günstige Kredite für Schiffskauf oder -reparatur hatte er viele an sich gebunden und darüber z.B. versucht, auf Müller Druck auszuüben dem Zusammenschluss nicht beizutreten. „Doch das war endlich wieder eine Perspektive – so kann es klappen, wir haben nun eine Möglichkeit Einfluss auf den Markt zu nehmen“, beschreibt Müller die Stimmung. Es gab Zeiten, da hat er überlegt die „Merlan“ zu verkaufen, weil nie genug Geld reinkam. Bisher sind die Preise gut und die Mitglieder der Erzeugergemeinschaft mussten sich noch nicht in einem Ernstfall zur Begrenzung ihrer Fangmengen zusammenraufen. Mitbestimmen sollen dann auch Interessenvertreter für kleine, mittlere und große Kutter – denn entsprechend der Fangkapazitäten und Kostenunterschiede soll auch die Quotierung abgestuft werden. „Es stimmt schon, wir würden die Gesamtmenge dadurch runterdrücken, dass wir uns selbst beschränken, um die Preise aufzufangen – profitieren tun dann alle, auch die, die weiterfischen. Aber so ist das halt – die wird es immer geben und wir anderen sind uns einig, dass das der richtige Weg ist“, fasst der Kapitän der „Merlan“ die Solidarität und gemeinsame Aufbruchstimmung der organisierten Küstenfischer zusammen.



Gute Stimmung an Bord der Merlan

Foto: Weißenberg

150 Euro Zuschlag für die ersten 46 Hektar

Wolfgang Reimer, Ministerialdirektor im Landwirtschaftministerium in Baden Württemberg zur nationalen Umsetzung der GAP

Inzwischen zieht sich ein Band aus Grün regierten Landwirtschaftsministerien von Nord nach Süd durch Deutschland. Da gibt es sicherlich viele Übereinstimmungen in den Zielen der Agrarpolitik. Aber auch aufgrund der geographischen Strukturen haben Länder, die von unterschiedlichen Lagern regiert werden, viele Übereinstimmungen. Beispielsweise Hessen und Rheinland-Pfalz. Wie wirkt sich diese Konstellation auf die Stimmung bei der Agrarministerkonferenz aus?

Es ist tatsächlich so, dass sowohl im A-Lager, also den von SPD und Grünen regierten Ländern, als auch im B-Lager, wo die CDU/CSU regiert, sowohl Gemeinsamkeiten als auch Differenzen bestehen. Der Vorschlag von Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner zur nationalen Umsetzung der EU-Agrarreform wird auch von den B-Ländern noch nicht vollständig akzeptiert. Aber auch in den Ländern mit Grün geführten Landwirtschaftsministerien gibt es unterschiedliche Auffassungen, beispielsweise bei der Angleichung auf eine national einheitliche Flächenprämie. Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen werden hier Geld verlieren, während Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Hessen dazu gewinnen.

Ein weiterer zentraler Punkt der Agrarreform ist die Ausgestaltung der zweiten Säule. Vor allem der deutsche Bauernverband wehrt sich massiv gegen eine Umschichtung.

Eigentlich geht auch das BMELV davon aus, dass es sinnvoll ist, Mittel von der ersten in die zweite Säule zu verlagern. Es gibt den Vorschlag, dass man die Ausgleichszulage und die gekoppelte Raufutterfresserprämie in benachteiligten Gebieten aus der ersten Säule bezahlt. Das

ist, wenn auch ein bisschen versteckt, das Gleiche, als wenn man die Gelder in die zweite Säule verlagern würde.

Welche Vorteile bietet die zweite Säule?

In der ersten Säule ist der Einfluss begrenzt. Das Greening, so wie es sich abzeichnet, wird keine großen Änderungen bewirken. Die zweite Säule ist die, mit der Politik gemacht wird. Sie kann die gesellschaftlichen Leistungen der Landwirtschaft, für die es keinen Markt gibt, honorieren. Sie stärkt außerdem die Entwicklung der Betriebe über Investitions- und Vermarktungsförderung.

Bezüglich der finanziellen Ausstattung kursieren unterschiedliche Rechenmodelle. Die einen gehen von einer geringeren Ausstattung von 8 Prozent aus, andere von 15 Prozent. Je nachdem ob man den Durchschnitt der gesamten letzten Förderperiode oder nur das letzte, besonders finanzstarke, Jahr zugrunde legt.

Wenn man die Kaufkraft mit einrechnet, fehlen sogar noch mehr als 15 Prozent. Deswegen fordern wir eine deutliche Verlagerung aus der ersten Säule in die zweite.

Gibt es diesbezüglich Einverständnis im grünen Lager?

Alle tragen die Forderung nach einer Umschichtung mit. Wenn man sich aber die Situation einzelner Länder anschaut, beispielsweise Schleswig-Holstein, dann sieht man, dass diese sowohl bei der Angleichung der regionalen Prämien als auch beim Zuschlag auf die ersten Hektar in der ersten Säule verlieren würden und zusätzlich durch die EU-Kürzungen weniger in der zweiten Säule hätten. Natürlich muss sich ein schleswig-holsteiner Minister um seine Region kümmern, so wie wir uns um Baden Württemberg kümmern.

In diesem Zusammenhang fällt auch die Diskussion um eine Änderung des ELER-Verteilungsschlüssels.

Nordrhein-Westfalen bekommt derzeit umgerechnet 36 €/ha während Sachsen bei 155 €/ha liegt. Da muss es eine Angleichung geben. Die Grünen haben vorgeschlagen, dass 30 Prozent der ELER-Mittel vorweg an alle gleichmäßig verteilt werden und jedes Land mindestens 50 €/ha bekommt. Die Verrechnungssätze der Ostländer liegen so hoch, weil sie früher als Konvergenzregionen eingestuft waren. Dieser Status ist jetzt weggefallen.

Folgt man der Argumentation des Landwirtschaftsministers aus Mecklenburg Vorpommern, Till Backhaus, dann bedeuten Verluste in der zweiten Säule, dass sein Land keine Kindergärten mehr bauen kann.

Im Prinzip geht es darum, welche Aufgaben aus den Mitteln der zweiten Säule finanziert werden sollen. Man kann die zweite Säule landwirtschaftsnah ausgestalten. In Baden Württemberg z. B. fließen über 90 Prozent der Mittel in landwirtschaftliche Maßnahmen: Agrarumweltprogramme, Ausgleichszulage und Agrarinvestitionsförderung – aber auch Vermarktungsförderung – für die Unterstützung der sozialen Belange, wie beispielsweise Kindergärten, in den ländlichen Räumen gibt es den Bund-Länder-Finanzausgleich und die Bundeszuweisungen. Im Vergleich hierzu sind die ELER-Gelder ein Tropfen auf den heißen Stein.

Manches CDU geführte Ministerium und vor allem der deutsche Bauernverband fordern, möglichst alles zu belassen wie es ist, damit die Landwirte ihre unternehmerische Freiheit behalten.

In jedem agrarökonomischen Gutachten der letzten Jahre, sowohl auf europäischer Ebene aber auch in Deutschland, ist festgehalten worden, dass die Existenzberechtigung der ersten Säule zurückgeht. Auch der wissenschaftliche Beirat des Bundeslandwirtschaftsministeriums ist zu dem Schluss gekommen, dass auf Dauer nur die zweite Säule eine Berechtigung hat, weil durch sie gesellschaftlichen Leistungen der Landwirte honoriert werden, die nicht vom Markt entgolten werden.

Die höhere Förderung der ersten Hektar bleibt aber in der ersten Säule.

Das hat das europäische Parlament durchgesetzt. Wir haben jetzt die Möglichkeit, die Direktzahlungen ein bisschen



sozial gerechter zu verteilen. Das Konzept des BMELV ist hier aber viel zu zaghaft. Es sieht einen Aufschlag von 50 Euro für die ersten 15 ha und von 30 Euro bis 30 ha vor. Wir dagegen sagen, dass könnten auch jeweils 150 Euro Zuschlag für die ersten 46 ha sein. Als Grüne haben wir aber immer unsere Kompromissbereitschaft betont. Die Haltung des BMELV allerdings zementiert den Besitzstand im Osten, sowohl in der ersten als auch in der zweiten Säule.

Konkret bedeutet das?

Wir wollen sowohl in der zweiten Säule die ELER-Mittel neu verteilen als auch den Zuschlag auf die ersten Hektar in der ersten Säule deutlich über fünf Prozent.

Das würde aber zu Kürzungen bei den Großbetrieben führen.

Das stimmt. Nach den Berechnungen profitieren alle Betriebe bis 100 ha. Wer größer ist, hat leichte Verluste. Die ganz Großen verlieren natürlich mehr.

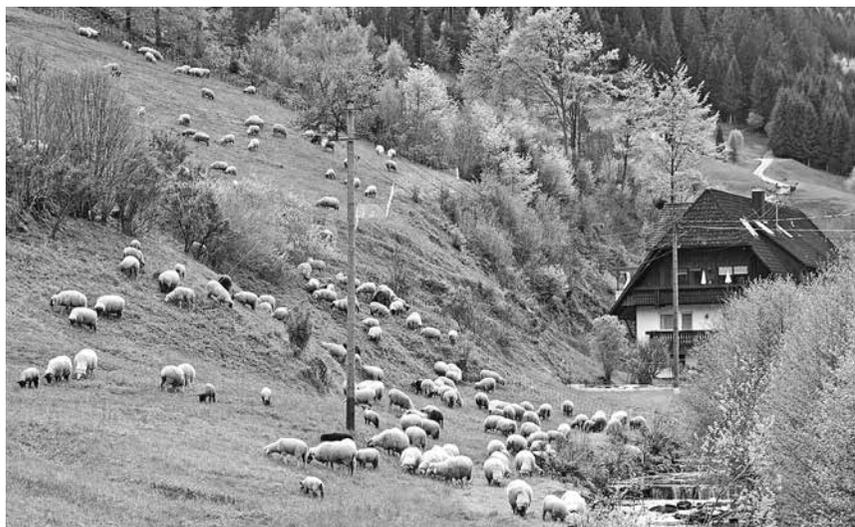
Wann wird man mit konkreten Ergebnissen rechnen können?

Die Themen werden jetzt auf der Arbeitsebene, aber auch auf der Amtschefebene weiter besprochen werden. Es gibt einen Auftrag der Agrarministerkonferenz an die Amtschefs, ein einigungsfähiges Papier zu erarbeiten.

Eigentlich ist gar nicht mehr viel Zeit?

Ja, die Zeit drängt. Aber bis die Kommission ihre Basisverordnung verabschiedet hat und bis dann die Durchführungsverordnung rechtskräftig ist, dauert es auch noch. Vorher können wir unsere Programme gar nicht richtig fertig machen. Von daher verschiebt sich die Notifizierung sowieso Richtung 2014 und die neuen Programme starten dann am 1. Januar 2015.

Vielen Dank für das Gespräch.



Landwirtschaft und Landschaft im Schwarzwald politisch erhalten

Foto: Sturm/pixelio

Neuland wagen

Neue Bundesregierung muss bäuerliche Landwirtschaft nach vorn stellen

Man könnte viel schwarz sehen, nach der Bundestagswahl am 22. September. Unbestritten ist es die Farbe der Gewinnerin Angela Merkel, obwohl sie doch so oft der Farbtupfer unter den vielen schwarzen Männern der Welt ist. Damit lehrt sie uns auch wie wichtig es, ist Farbtupfer zu sein und sich damit durchzusetzen. Die Bundeskanzlerin ist nun aufgefordert, wichtige Farbtupfer in ihre Politik aufzunehmen: Eine ernsthafte Förderung der bäuerlichen, sozial-ökologischen Landwirtschaft, so wie sie gerade auch wieder ein Gremium der UNO gefordert hat. Die entsprechenden nationalen Umsetzungsspielräume der EU-Agrarreform zu nutzen, haben bereits die beiden AbL-Bundevorsitzenden Maria Heubach und Bernd Voß in ihrem Wahlauftritt gefordert. „Vor allem ermöglicht es die EU, bis zu 30 Prozent der Direktzahlungsmittel für einen Zahlungsaufschlag für die ersten Hektar einzusetzen und damit die vielfältigen gesellschaftlichen Leistungen insbesondere der kleineren und mittleren Betriebe anzuerkennen. Zudem gilt es auch in Deutschland umzusetzen, dass mit weiteren Mitteln die spezifischen Leistungen bäuerlicher Betriebe für die Kulturlandschaften, für die Förderung unserer Umwelt und für eine artgerechte Tierhaltung gezielt honoriert werden.“ Die Bundestagswahl hat mir ihrem doch am Ende auch überraschenden Ausgang einige alte Gesichter ins politische Abseits befördert, die einen mutigen Einsatz für eine

bäuerliche Landwirtschaft nicht ganz oben auf ihrer Agenda hatten. Speziell bei der FDP stießen die Sicherung der Gentechnikfreiheit, eine Begrenzung agrarindustrieller Strukturen oder eine dezentrale Umsetzung der Energiewende in der Vergangenheit auf wenig Gegenliebe.

Anpacken

Alte Bekannte mischen natürlich auch wieder mit. Und es gibt neue Gesichter, die vielleicht aufmischen. Mit wem auch immer die Bundeskanzlerin demnächst regiert, ob mit dem bewährten Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier (man begegnet sich immer zweimal im Leben) oder einer erst einmal exotisch klingenden Allianz mit Katrin Göring-Eckhardt (Pastorentochter und Pastorin, beide mit Ostgeschichte) oder mit wem auch immer, es müssen einige Dinge angepackt werden: Schranken für die industrielle Massentierhaltung und die Stärkung einer bäuerlichen, artgerechten Tierhaltung auch auf den Märkten, die Sicherung der gentechnikfreien Land- und Lebensmittelwirtschaft auch in Verhandlungen auf internationaler Ebene, die demokratische Fortsetzung einer dezentral angelegten Energiewende und der Erhalt der Vielfalt auf dem Acker, aber auch vieler bäuerlicher Arbeitsplätze auf dem Land. Zusammengefasst muss man ganz ihrer Sprache entsprechend der Kanzlerin auffordernd twittern, was jetzt angesagt ist: „Neuland wagen!“ *cs*

Kurzes am Rande

Uno-Konferenz für bäuerliche Landwirtschaft

Die Konferenz für Handel und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCTAD) macht sich stark für bäuerliche Landwirtschaft. In ihrem aktuellen Handels- und Entwicklungsbericht fordert sie eine Abkehr von Monokulturen und Intensivlandwirtschaft zugunsten von mehr Vielfalt und einen geringeren Einsatz von Dünger sowie anderen Betriebsmitteln. Hunger und Umweltproblemen in der Welt, so die 60 Autoren, ließe sich nicht mit Monokulturen und industrieller Landwirtschaft begegnen. Neben der Belohnung von Bauern für die Bereitstellung öffentlicher Güter und Umweltleistungen plädieren die UNCTAD-Experten insbesondere auch für eine Korrektur „bestehender Ungleichheiten, wo Nahrungsmittel produziert und wo sie benötigt werden.“ Das von der UNCTAD ausgegebene Motto lautet: „So viel regionale/lokale Nahrungsmittelproduktion wie möglich, so viel gehandelte Nahrungsmittel wie nötig.“ *cs*
http://unctad.org/en/PublicationsLibrary/ditcted2012d3_en.pdf

Lineare Kürzungen aus Finanznot

Die Europäische Kommission hat beschlossen, wegen der schwierigen Kassenlage in diesem Jahr bereits alle Direktbeihilfen jenseits eines Freibetrags von 2.000 Euro linear zu kürzen. Ursprünglich hatte die Kommission mal einen Freibetrag von 5.000 Euro vorgesehen. Dagegen hatte jedoch besonders die Bundesregierung protestiert, die eine Begünstigung von Mitgliedstaaten mit vielen Kleinbetrieben befürchtete. Da hat offenbar auch nicht geholfen, dass die bundesdeutsche Noch-Landwirtschaftsministerin aus einem Freistaat mit vielen Kleinbetrieben kommt. *cs*

GAP in nationaler Verantwortung

Vertreter von EU-Parlament und EU-Agrarministerrat haben sich abschließend zur GAP-Reform geeinigt. Nach der ersten Einigung vor der Sommerpause waren noch einige wenige Punkte offen geblieben. Dazu zählte auch, ob und in welchem Umfang die Mitgliedstaaten verpflichtet werden, bei hohen Direktzahlungen über 150.000 Euro pro Betrieb und Jahr zu kürzen. Die jetzige Einigung bestätigt an diesem Punkt die Haltung des EU-Agrarministerrates und die der Bundesregierung. Die Mitgliedstaaten müssen die Basisprämien oberhalb 150.000 Euro pro Betrieb um mindestens fünf Prozent kürzen, sie können auch deutlich mehr kürzen. Dabei sind die Arbeitskosten der Betriebe kürzungsmindernd zu berücksichtigen. Mitgliedstaaten, die einen Aufschlag für die ersten Hektare einführen und dafür wiederum mindestens fünf Prozent der gesamten Direktzahlungssumme im Land einsetzen, sind von der Pflicht zur Kürzung oberhalb 150.000 Euro befreit.

Es bleibt somit dabei: Deutschland bekommt einen riesigen Spielraum bei der Umsetzung der EU-Agrarpolitik im Land. Alle reden von bäuerlicher Landwirtschaft, jetzt können sie entsprechend handeln. 30 Prozent der EU-Gelder können dafür eingesetzt werden, um kleinere und mittlere Höfe zu stärken. Zusätzlich kann bei Großbetrieben und den neuen Bodenspekulanten besonders gekürzt werden, wenn sie nicht für entsprechende Arbeitsplätze und Wertschöpfung vor Ort sorgen. Nicht mehr Brüssel, sondern Bund und Länder sind jetzt am Zug. *uj*

Frankreich plant zügige GAP-Umsetzung

Frankreichs regierende Sozialistische Partei will die Umsetzung der EU-Agrarreform offenbar zügig vorantreiben. Wie schon von Landwirtschaftsminister Stéphane Le Foll im Sommer angekündigt, soll es dabei eine Förderung der ersten Hektar geben und damit „eine Umverteilung der Beihilfen zugunsten der Tierhaltung und Beschäftigung ermöglichen“ wie die Sozialistische Partei jetzt erneut formulierte. Allerdings müsse es eine gewisse Korrektur für die dadurch benachteiligten Milchvieh- und Ackerbaubetriebe geben. Grundsätzlich sei eine stärkere Orientierung der Agrarpolitik an der nationalen Agrarumweltpolitik gewollt, heißt es aus Paris. Der zeitliche Fahrplan sieht eine Umsetzung bis Ende des Jahres vor. *cs*



Es werden noch Wetten angenommen, mit wem der neue Anfang stattfindet. Foto: HeiFisch/Pixelio

Friedlicher Widerstand: Schlachthof umzingeln

Die Konzentration im Bereich der Tierhaltung, aber auch der Schlachtung stößt immer mehr Menschen ab

7.000 Menschen kamen nach Wietze, um gegen den Geflügelgroßschlachthof des Unternehmens Rothkötter zu demonstrieren und den Schlachthof zu umzingeln.

Unter dem Motto „Wir haben es satt!“ trafen sich in den vergangenen Jahren immer wieder mehrere 10.000 Menschen zu Großdemonstrationen in Berlin. An kalten Januartagen, parallel zur Grünen Woche zeigte sich hier, wie sich die Menschen eine zukünftige Agrarpolitik, Landwirtschaft und Lebensmittelherzeugung wünschen. Die Demonstration, die Ende August im niedersächsischen Wietze bei Celle vor

stück eingeladen. Er hört zu, versucht die Anliegen der Anwesenden zu verstehen. Teilt vermutlich einen Großteil der Einschätzungen: Der Schlachthof ist viel zu groß; Er hätte nie genehmigt werden dürfen; Solche Projekte lassen unsere Landwirtschaft zu einem abhängigen Rohstofflieferanten verkommen. Christian Meyer soll helfen, soll retten. Wenn er den Schlachthof direkt schließen könnte, dass wäre toll. Oder wenigstens die Auflagen verschärfen. Doch ihm sind die Hände gebunden. Der Schlachthof ist ein Erbe der schwarzgelben Vorgängerregierung. Trotzdem gelingt der Blick nach vorne, denn wo,



Viele tausend Menschauf dem Weg zum Schlachthofgelände



Bunter Protest in Sichtweite des Großschlachthofs

Fotos: Nürnberger

den Toren eines der größten Geflügel-schlachthöfe Europas stattfand, war etwas neues. Sie trug den Protest direkt vor die Tore der Unternehmen, die industrialisierte Tierhaltung zu ihrem Kerngeschäft gemacht haben.

Bauernfrühstück und Politik

Es ist wolkenverhangen an diesem Samstag. Im Protestcamp neben einem Zirkuszelt, in dem schon seit mehreren Tagen Workshops zum Thema Massentierhaltung und Agrarpolitik stattfanden sind Tische und Bänke aufgebaut. Produkte von bäuerlichen Betrieben, in nachhaltigen Strukturen erzeugt, liegen auf dem Tisch. Karottenbrot und Käse mit Kräutern, verschiedene Tomatensorten, groß, saftig, geschmackvoll. Der Grüne Landwirtschaftsminister aus Niedersachsen, Christian Meyer, ist zum Bauernfrüh-

wenn nicht hier, wird deutlich wohin eine industrialisierte Landwirtschaft und insbesondere Tierhaltung führt. „Es muss Schluss damit sein, dass man den Hühnern die Schnäbel kürzt und den Schweinen die Schwänze kupiert“, sagte Meyer unter dem Applaus der Anwesenden. „Nicht die Tiere müssen an die Ställe angepasst werden, sondern die Ställe an die Tiere“, fasst Meyer seine Grundüberzeugung zusammen und kündigt an, dass es zukünftig keine Genehmigung derartiger Großschlachthöfe mehr geben wird.

Die Kundgebung

Nur wenige Kilometer vom Protestcamp entfernt, mitten im 8.000 Einwohner zählenden Städtchen Wietze, laufen die Vorbereitungen zur Auftaktkundgebung auf Hochtour. Viele Verbraucher- und kritische

Landwirtschaftsorganisationen, Natur- und Tierschutzinitiativen sind mit Infoständen vor Ort und informieren. Der Platz vor der großen Bühne füllt sich zusehends. Auch wenn leichter Nieselregen eingesetzt, hat lassen sich die Demonstranten, Alt und Jung, nicht von ihrer guten Stimmung abbringen. Und die stieg immer noch weiter, denn es wurde deutlich, dass viele, viele Menschen dem Aufruf gefolgt waren. Man war nicht unter sich. Ein starkes Signal auch für die 800 Mitglieder zählende Bürgerinitiative in Wietze, die aufgrund der Rothkötterversprechen von Arbeitsplätzen und der Aussicht hoher Gewerbesteuerentnahmen einen schweren Stand im Ort hat. Kurz und prägnant fasst Uschi Helmers von der Bürgerinitiative Wietze, eine von vielen Rednerinnen, die Kernprobleme zusammen: „Jeden Tag sollen hier in diesem Schlachthof 430.000 Hühner geschlachtet werden. Das ist viel zu viel. Um den Schlachthof auszulasten, müssten über 200 neue Megaställe gebaut werden. Doch überall im Land wächst der Widerstand. Die Menschen wollen Bauernhöfe und keine Agrarfabriken.“ Dann machen sich die inzwischen 7.000 Menschen auf den Weg zum gleich am

Ortsrand gelegenen Schlachthofgelände. Bunt, friedlich, fantasievoll ist der Zug.

Die Umzingelung

Der Schlachthof, eingezäunt mit grünen Gittern, ähnelt einem großen Einkaufszentrum. Fensterlose große Hallen. Einige LKW auf dem ansonsten leeren Parkplatz. Die wenigen Wachleute auf dem Gelände bäugten die Demonstranten kritisch. Alles ist friedlich, vor dem Gelände haben die Traktoren, die den Demonstrationszug anführten, Stellung genommen. Der Zug spaltet sich. Rechts und links um den Schlachthof ziehen die Menschen. An den Eingangstoren hat die Polizei abgesperrt. Nur Mitglieder der Bürgerinitiative Wietze dürfen direkt vor das Firmentor. Brandstiftungen in leeren Hühnerställen in der Vergangenheit haben sensibilisiert. Und dann ist es geschafft. Wie ein Lauffeuer verbreitet sich die Nachricht entlang der Menschenkette. Der Schlachthof ist umzingelt. Auch wenn die Produktion schon in der nächsten Woche wieder aufgenommen wurde, war „Wir haben Agrarindustrie satt!“ in Wietze ein klares Zeichen. So wird es in Zukunft nicht weitergehen. *mn*

Das Projekt

Der Schlachthof des Unternehmens Rothkötter, ab 2010 auf der grünen Wiese gebaut, nahm im September 2011 seinen Betrieb auf und ist schon jetzt, in seiner ersten Ausbaustufe, einer der größten Europas. Gefördert wurde der Großschlachthof unter anderem durch 7,5 Mio. Euro aus dem Niedersächsischen Wirtschaftsministerium unter dem ehemaligen Minister Jörg Bode (FDP) und 800.000 Euro an Bundesmitteln. Die Vollausslastung liegt bei genehmigten 135 Mio. geschlachteten Tieren pro Jahr, 432.000 pro Tag.

Liberalisieren oder gezielt steuern?

Auf europäischer Ebene werden verschiedene Szenarien der zukünftigen Milchproduktion diskutiert

Auf Einladung des europäischen Agrar-Kommissars Dacian Ciolos fand Ende September in Brüssel eine große Milchkonferenz unter dem Titel „Der EU Milchsektor: Entwicklungen nach 2015“ statt. Nach wie vor sind die Auswirkungen einer Abschaffung der Milchquote für eine flächendeckende Milchproduktion und Grünlandbewirtschaftung nicht klar absehbar. Eine zentrale Frage der Konferenz war, wie zukünftig mit zu erwartenden Marktschwankungen umgegangen werden kann. Welche Steuerungsmechanismen nach 2015 notwendig sein werden, um den Bauern eine zuverlässige Perspektive zu bieten und zu verhindern, dass Milchproduktion nur noch in besonders begünstigten Regionen stattfindet.

Produktionskosten berücksichtigen

Schon lange vor der Konferenz hat der Ausschuss der Regionen (AdR), eine beratende Einrichtung, die die Interessen der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften in der Europäischen Union vertritt, zum Auslaufen der Milchquote Stellung bezogen. In seiner Stellungnahme kritisiert der Ausschuss, dass Genossenschaftsmolkereien in den wichtigsten Milcherzeugerländern der EU einen Großteil der Marktanteile kontrollieren. Auch werden die wachsenden Gewinnspannen innerhalb der Wertschöpfungskette für Wirtschaft und Handel kritisiert. Zur Einkommenssicherung für Erzeuger schlägt der AdR vor, die Produktionskosten in den Verhandlungen über den Milcherzeugerpreis zu berücksichtigen und eine mögliche Verlängerung der Quotenregelung bis 2019/2020 zu prüfen.

Kommission für Liberalisierung

Schon im Vorfeld der Milchkonferenz hatten erste Ergebnisse aus einer Studie der EU-Kommission zur Entwicklung des Milch- und Molkereimarkts nach 2015 für Aufregung gesorgt. Koordiniert worden ist die Studie von der Wirtschaftsberatung Ernst & Young. Die beteiligten Agrarökonom, Prof. Ludwig Theuvsen von der Universität Göttingen, Prof. Paolo Sckai von der italienischen Università Cattolica del Sacro Cuore und Prof. Joost Pennings von der Universität Maastricht, bestätigen zum einen die Notwendigkeit eines Sicherheitsnetzes, das künftige Marktschwankungen absichern soll. Als Instrumentarium hierfür seien mit Intervention und Beihilfen für die private Lagerhaltung aber ausreichende Maßnahmen vorhanden. Eine zeitweise Verringerung des Angebots durch eine Entschädigung von Milcherzeugern für einen Produktionsverzicht mit öffentlichen Mitteln sei hingegen ineffizient und sollte vermieden werden. Nützlich seien dagegen die weitere Unterstützung von Erzeugerorganisationen und Genossenschaften sowie die Förderung von

Produkten mit hohem Mehrwert, insbesondere auch mittels geschützter Ursprungsbezeichnungen (g.U.) und geschützter geographischer Angaben (g.g.A.).

Zu einem ganz anderen Ergebnis kam dagegen eine vom European Milk Board in Auftrag gegebene und von Romuald Schaber, dem Präsidenten des EMB, vorgestellte Studie. Die Autorin, Andrea Fink-Keßler vom Büro für Agrar- und Regionalentwicklung, stellt darin die Möglichkeiten einer flexiblen und temporären Angebotsregulierung mit Hilfe einer Monitoring Agency dar.

Monitoring Agency

Anforderungen von Seiten des EMB an ein Steuerungsinstrument sind, dass sich die produzierte Milchmenge flexibel an der Nachfrage orientiert, Preisschwankungen gedämpft werden und ein kostendeckender Preis gewährleistet ist. Es soll ein verlässlicher Rahmen für eine nachhaltige Milcherzeugung geschaffen werden. Die Funktionsweise der vom EMB immer wieder beschriebenen Monitoring Agency beruht auf einer aktiven Steuerung der Milchproduktion durch die Erzeuger. Beschrieben wird das wie folgt: „Die Monitoring Agency bedingt ein europaweit umgesetztes, verbindliches Mengenregulierungssystem mit einzelbetrieblichen Lieferrechten auf der Basis der bestehenden Milchmengenverteilung in Europa. Die Mengenänderungen werden flexibel, d.h. in Abhängigkeit von der Marktlage vorgenommen. Die Anzahl der Mengenanpassungen im Zeitablauf sowie die Höhe der Mengenanpassung ergeben sich daher ausschließlich aus dem Marktverlauf. Die Vertreter der Monitoring Agency ermitteln die jeweiligen Kosten der Milcherzeugung in Europa und legen nach einem definierten Verfahren die Unter- und Obergrenze des anzustrebenden Erzeugerpreises für 1 Kilogramm Milch, 4,0 Prozent Fett, 3,4 Prozent Eiweiß, fest. Dadurch ergibt sich ein Zielbereich (Zielpreiskorridor), in dem sich der durchschnittliche europäische Milchpreis befinden sollte. Verlässt der Marktpreis den

vorgegeben Korridor, werden lediglich Parameter (Verhältnis Angebot und Nachfrage) angepasst, nicht jedoch der Preisbildungsmechanismus selbst. Sinkt der durchschnittliche europäische Milcherzeugerpreis unter die untere Grenze des Korridors ab, wird die europäische Milchproduktion sukzessive so lange zurückgefahren, bis sich der Erzeugerpreis wieder im Korridor befindet. Übersteigt der Erzeugerpreis die Preisobergrenze, so wird die Milchmenge sukzessive erhöht, bis sich der durchschnittliche Erzeugerpreis wieder im Korridor befindet.“

Finanziert werden soll die Arbeit der Monitoring Agency durch eine Umlage pro Kilogramm Milch. Eine entscheidende Voraussetzung und damit ein weiterer zentraler Unterschied zum Kommissions- als auch dem Bauernverbandsvorschlägen ist die Beibehaltung des Außenschutzes. Nur in einem abgeschlossenen, definierten Raum, in diesem Fall der EU, sind nachhaltige Mengenregelungen möglich. Als traditionellem, wertvollem Lebensmittel kommt der Milch in Europa eine besondere Bedeutung zu. In Europa werden 32 Millionen Milchkühe gemolken. Über Jahrhunderte hinweg hat Milchviehhaltung die Landschaften geprägt, vielfältige Arbeitsplätze geschaffen und Einkommen gesichert.

Für die Entwicklung der Landwirtschaft in Europa werden die jetzt festzulegenden Rahmenbedingungen der Milchproduktion von zentraler Bedeutung sein. Zwei Wege wurden auf der Konferenz in Brüssel deutlich. Entweder man legt den Schwerpunkt auf die Milchindustrie und versucht für sie eine günstige Rohstoffversorgung zu sichern, indem man die Märkte liberalisiert, Grenzen öffnet und damit die Produktion auf begünstigte Regionen konzentriert. Oder man stellt die Milchbauern mit ihren Betrieben, einer regionalen Wertschöpfung, nachhaltiger, flächendeckender, ökologisch sinnvoller Bewirtschaftung in den Mittelpunkt. Dies aber wird nur mit einem kostendeckenden, verlässlichen Milchpreis erreicht werden können. *mm*



Produzieren bis zum Platzen?

Foto: Niemann

Milchmarkt-Monitoring

EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos hält die Einrichtung einer Beobachtungsstelle (Observation) für den europäischen Milchmarkt für notwendig, damit Krisen nicht erst ein halbes Jahr später analysiert, sondern möglichst frühzeitig erkannt werden. Mit dem Ende der Quotenregelung 2015 falle auch ein Teil der bestehenden Datenermittlungen weg. Ciolos appellierte an alle Marktbeteiligten des Milchsektors, sich nicht gegen die Transparenz zu stellen, damit die EU-Kommission mindestens vierteljährlich die erforderlichen Analysen erstellen und vorlegen könne. Konkrete Vorschläge zum Aufbau der Monitoringstelle kündigte Ciolos für die nächsten Monate an. Die Einrichtung einer Marktbeobachtungsstelle ist eine der Kernforderungen des European Milk Board (EMB), die auf der Konferenz ausführlich vorgestellt wurden. Ciolos kündigte außerdem bis Sommer 2014 einen Bericht über die Umsetzung und erste Erfahrungen des EU-Milchpaketes (2012) an. Möglicherweise werde dieser Bericht auch weitere Vorschläge für eine Weiterentwicklung der europäischen Milchmarktordnung enthalten. Ciolos betonte jedoch, dass für die Umsetzung von Vorschlägen politische Mehrheiten im EU-Parlament und Agrarministerrat notwendig seien. *uj*
Weitere Informationen zur EU-Milchkonferenz unter: http://ec.europa.eu/agriculture/events/dairy-conference-2013_en.htm

TBC nicht vorbei

Almwirtschaft und kleinbäuerliche Betriebe sind von den unzulänglichen TBC Tests besonders betroffen. Noch immer gibt es Probleme mit der TBC im Allgäu. Besonders die kleinbäuerlichen Betriebe leiden unter dem Verfahren der TBC Handhabung. Die Quelle des Erregers, um Re-Infekte für die Zukunft zu vermeiden fehlt z.B. immer noch. Ein gravierender Schwachpunkt ist der Test. Der seine Schwächen in der Diagnostik hat. Viele positive Tiere sind in späteren und weiteren klinischen Untersuchungsverfahren negativ. Die Zahlen des Landratsamtes sprechen hier für sich. Von ca. 1.000 zwangsgetöteten Tieren waren bei nur ca. 20 im Testverfahren der TBC-Ziegenerreger nachweisbar. Bisher haben die uns bekannten Betriebe noch keinen Befund bekommen, dass eines ihrer Tiere an offener, infektiöser Rindertuberkulose erkrankt war. Diese Unklarheit sowie der immense Druck der durch die Untersuchung und den damit verbunden finanziellen Risiken entsteht belastet manchen Betrieb schwer. Auch der enge Kontakt in den Betrieben zu den Tieren und den teils qualitativ hochwertigen Zuchtlinien macht den „TBC –Fehlertest“ nicht zu einem Routinetest im Stall.

Michael Finger, AbL Allgäu

Bauern, Bonzen und Parteifunktionäre

„Spitzenfunktionäre des Bauernverbandes üben Funktionen in Interessenverbänden, Körperschaften und der Politik sowie in Entscheidungs- und Aufsichtsgremien von Spitzenunternehmen der Agrar- und Ernährungsindustrie aus. Unternehmen der Weiterverarbeitung, des Agrarhandels oder des landwirtschaftlichen Dienstleistungssektors sowie große landwirtschaftliche Betriebe verfügen über eine starke Repräsentanz im Tätigkeitsprofil verschiedener Bauernverbandsfunktionäre. Daraus kann auf die Existenz von Interessenkollisionen in Bezug auf die Vertretung der Interessen kleiner und mittlerer landwirtschaftlicher Betriebe und Unternehmen im Verband geschlossen werden. (...) Im Gegensatz zu den Tätigkeiten der Parlamentsabgeordneten existiert über die verschiedenen Nebentätigkeiten von Verbandsfunktionären und ihre Einkommen nur eine sehr eingeschränkte Transparenz.“ Das schreibt der Agrar-Ökonom Veikko Heintz in einer, im Auftrag der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, erstellten Studie. Besonders hervorstechendes Beispiel ist der gerade wieder in den Bundestag gewählte niedersächsische CDU-Agrarpolitiker Franz-Josef Holzenkamp. Insgesamt erzielt Holzenkamp aus seinen Aufsichtsrats- und Vorstandsposten unter anderem bei der LVM Versicherung und Deutschlands zweitgrößtem Agrarhandelskonzern Agravis AG jährlich mindestens 35.000 Euro, noch einmal monatlich mindestens 1.000 Euro aus seiner Tätigkeit als Vizepräsident des niedersächsischen Landvolkes, schreibt die Frankfurter Rundschau. *cs*

Agrar-Bündnis diskutiert GAP

In die Wetterau hatte das Bündnis Agrarzukunft Hessen zum Streitgespräch über die nationale Ausgestaltung der EU-Agrarreform geladen. Mit den Staatssekretären aus den Landwirtschaftsministerien in Hessen, Mark Weinmeister (CDU), und Rheinland Pfalz, Thomas Griese (Grüne), waren zwei für die zukünftige Ausgestaltung Mitverantwortliche eingeladen worden. Schnell wurde deutlich, dass die Agrarstruktur in den beiden Bundesländern vergleichbar ist. Die Einschätzungen bezüglich der zukünftigen Ausgestaltung der Agrarreform allerdings variierten deutlich. Hans Jürgen Müller, Sprecher des Bündnis Agrarzukunft Hessen, forderte Weinmeister dazu auf, sich für eine Umschichtung von Mitteln aus der ersten in die zweite Säule einzusetzen. Ebenso forderte er die Möglichkeiten einer besonderen Förderung der ersten Hektar wahrzunehmen. Während Thomas Griese deutlich machte, dass RLP genau diese Ziele in den anstehenden Verhandlungen verfolgen wird, bekam Müller vom eigenen Staatssekretär eine Abfuhr. Man wolle, so Weinmeister, möglichst viele Mittel in der ersten Säule belassen, um die Bauern nicht in ihrer unternehmerischen Freiheit zu beeinträchtigen. Allenfalls kleine Umschichtungen, die kaum die Verluste durch Preissteigerungen und den insgesamt geschrumpften EU-Haushalt ausgleichen, sollen vorgenommen werden. Aus Sicht des BUND fasste Michael Rothkegel die Probleme einer zunehmenden Industrialisierung für die natürlichen Lebensräume und das Grundwasser zusammen. Henrik Maaß von der AbL Hessen leitete durch das spannende Programm. *mn*

Kurzes am Rande

Bauern und Schreiber auf der Alm

AbL im Chiemgau lädt Bayerischen Rundfunk ein

Für einige war es eher eine schweißtreibende Angelegenheit, andere genossen sie trotz Regens sichtlich: die Almbegehung auf die Vordere Dahlsenalm bei Schleching im Chiemgau. Der Einladung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), Regionalgruppe Chiemgau-Inn-Salzach, folgten rund 30 Personen, darunter Vertreter des Agrarbündnisses (z.B. AbL, Bund Naturschutz, Slow Food, Zivilcourage) aber auch die Fernsehredakteurin des Bayerischen Rundfunks, Bettina Reitz, „Unser Land“-Moderatorin Christine Schneider sowie „Landfunk“-Redakteurin Petra Kindhammer (Ressort: Landwirtschaft und Umwelt).

Das freute die Organisatoren, denn das Motto des „Hüttenabends“ lautete „Nachhaltige, zukunftsfähige Landwirtschaft – eine ökologische und gesellschaftliche Notwendigkeit! Welche Rolle spielen die Medien bzw. kann der Bayerische Rundfunk zum Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft in Bayern etwas beitragen?“

Überlebenskampf

Kann er sehr wohl, war man der einhelligen Meinung – auch die BR-Vertreterinnen – die zwar meinten, dass sie bereits in der Vergangenheit ein ausgewogenes Programm gestaltet – jedoch ein offenes Ohr für die Anliegen der Landwirte hätten und es schätzten, quasi aus erster Hand Infos zu bekommen. Im Zuge des Abends zeigten Redner der AbL den Überlebenskampf der klein strukturierten bäuerlichen Landwirtschaft auf, wie z. B. Defizite bei der Ausbildung, Ungerechtigkeiten bei der Umlegung der Berufsgenossenschaftsbeträge oder der finanziellen Zuschussverteilung (Andreas Remmelberger). Nachhaltige und ökologische Aspekte sowie Strategien zum Überleben der Bienen und anderen Insekten oder Kleinstlebewesen wurden von Imker Simon Angerpointner eindrucksvoll erläutert. Sepp Schmid, Landesvorsitzender AbL Bayern, stellte die Arbeitsgemeinschaft und deren Entstehen vor. Hubert Hochreiter

lobte den BR, wünschte sich aber ausführlichere Berichte zu aktuellen Problemen der Öko-Landwirtschaft und der „kleinen“ Bauern. Er zeigte zudem Verknüpfungen von Fachpresse, Industrie, Banken und Bauernverband auf. Die gravierenden Unterschiede der AbL zum Bauernverband, der unter dem Motto „Wachse oder Weiche“, seit langem eine industrialisierte Landwirtschaft unterstütze und dessen Vertreter in zahlreichen Aufsichtsräten der Chemie- und Agrarkonzernen saßen, die an der derzeit gestalteten Agrarpolitik prächtig verdienten (Ute Gasteiger). Auch die wachsende Verschuldung der Bauern war ein Thema. Georg Planthaler prangerte die Ausbildungsdefizite in den Landwirtschaftsschulen an, die nicht oder fast nicht auf eine ökologische und nachhaltige Bewirtschaftung der Böden eingingen. Gertraud Gafus, AbL-Bundes-Vizefrau, beleuchtete die „bäuerliche Landwirtschaft“ und erklärte die (Arbeits-)Leistungen der Bauern, die der Kulturlandschaft und somit der Öffentlichkeit dienen. Gafus erhoffte sich nach dem Austausch auf der Dahlsen-alm, dass die AbL gleichberechtigt in den Medien wahrgenommen werde, wie z. B. der BDM oder Bauernverband sowie mehr gesellschaftliche Akzeptanz der Landwirte durch eine fundierte und faire Berichterstattung der Medien.

Brotzeit

Intendantin Bettina Reitz war angesichts der Informationsvielfalt beeindruckt – und auch Petra Kindhammer und Christine Schneider nahmen die eine oder andere Anregung mit ins Tal. Reitz meinte abschließend, dass dies sicherlich nicht das letzte Mal war, dass sie auf der Dahlsen-alm der Almleute Margot und Schorsch Mix (Demeter) aus Raiten/Schleching gewesen sei – wahrscheinlich wegen der guten Brotzeit, die nicht nur schön präsentiert, sondern geschmacklich eine Werbung für eine nachhaltige, ökologische Landwirtschaft war.

Herbert Zeilinger, freier Journalist



Die schöne gelegene Vordere Dahlsenalm bei Schleching im Chiemgau.

Fotos: Hofmann

Betriebsspiegel:

Biolandbetrieb seit 1996,
16 altdeutsche Schwarzbunte
Milchkühe mit weibl. Nachzucht,
1 Schwäbisch-hällische Sau,
8 Mastschweine,
80 Legehennen,
Enten und Gänse,
16 ha Grünland,
14 ha Acker,
Kartoffel- und Gemüseanbau,
Direktvermarktung

Für die Herbstausgabe unseres Gemeindebriefs wurde ich angefragt, einen Artikel aus „Bauernsicht“ zum Thema Erntedank zu schreiben. Impliziert war wohl schon, dass Landwirte zu dieser Jahreszeit ja besonders dankbar sein müssten, ob der vielen Gaben, die sie quasi geschenkt bekommen. Herausgekommen ist eine etwas andere Sicht der Dinge, die aber auch abgedruckt wurde:

Der Dank kommt mir zu dieser Jahreszeit nicht einfach über die Lippen. Dankbar, das können die Kunden sein, die dank steuerfinanzierter Subventionen so billige Nahrungsmittel

bekommen. Die alles zu jeder Jahreszeit im Supermarkt kaufen können, auch schon vorgeschnitten, vorgekocht, evakuiert und tiefgefroren, es braucht nur noch warm gemacht zu werden.

Ich als Landwirtin, warum sollte ich dankbar sein? Ich hatte doch das ganze Jahr die Arbeit, hab gepflanzt, gejätet, geerntet. Hab mir Sorgen gemacht: Regnet es genug? Hab ich die Anbaumengen richtig geplant? Wann gibt es die ersten Frühkartoffeln, es war doch so lange kalt im Frühling! Jetzt im Herbst kann man das Ergebnis der Mühlen sehen: Manches Beet Möhren ist im Unkraut verkommen,

einiges Getreide stand zu dünn, eine Kuh ist nicht wieder tragend geworden. Dankbar ist man für Dinge, die man geschenkt bekommt, wie zum Geburtstag. Da kann ich danke sagen, dass ich so reich bedacht worden bin. Was bekomme ich denn geschenkt? Ich bin dankbar für die Möglichkeiten, die ich geschenkt bekommen habe: Dankbar für diesen Hof, auf dem ich geboren bin. Dankbar für die Dinge, die ich über Landwirtschaft lernen durfte. Dankbar für die Sorten und Rassen, die Generationen vor uns gezüchtet haben, sodass wir diese Vielfalt an Früchten und Tieren haben. Dankbar für die Unterstützung für unsere Art der Landwirtschaft, für die Menschen, die bei uns einkaufen und am Hofleben Anteil nehmen.

Dankbar für die Fruchtbarkeit, für die Samen, die sich tausendfach vermehren, für ein neugeborenes Kalb, das überraschend morgens mit der Kuh von der Wiese in den Stall kommt.

Das alles bekomme ich geschenkt, und das ich selbst was draus machen muss, das ist ja wohl nicht zu viel verlangt!

*Sonja Hellbaum,
Ostercappeln-Schwagstorf*

Erntedank

Was gehen uns Bauern eigentlich die Verhandlungen um die transatlantische Freihandelszone und die flächendeckende Kontrolle unserer technischen Kommunikationsnetze durch die US-amerikanischen Geheimdienste an?

Für alle denkenden Zeitgenossen wird deutlich, dass der Ausspruch des ehemaligen US Präsidenten Franklin D. Roosevelt, nämlich, dass der militärisch industrielle Komplex die US amerikanische Regierung beherrscht, seine reale Bedeutung hat. Chemie- und Saatgutkonzerne wie Monsanto streben über diese Freihandelszone die Weltherrschaft über den Zukunftsmarkt Landwirtschaft an. Die Verhandlungen werden bereits im Vorfeld über die Abhörstrategien dieser Geheimdienste in den EU Dienststellen ad absurdum geführt. Wer glaubt, dass es in erster Linie um Terrorabwehr geht, glaubt auch, dass der Zitronenfalter Zitronen faltet. Was können wir Bauern tun? Wir können den Verbrauchern zeigen, wie wir mit ihnen tatsächlich in einem Boot sitzen. Denn mehrheitlich wollen die Bürger kein Industrie- oder Klontfleisch, keine Gentechnik, keine ausgeräumten Landschaften, keine chlorverseuchten Hähnchen, keine glyphosathaltigen Brötchen, keine antibiotikaverseuchten Tiere.

Auf unserem Bauernhof haben wir in den letzten Jahren erlebt, wie viel Interesse an einer echten Alternative in der Landwirtschaft vorhanden ist. Seit wir, mein Sohn und ich, eine GbR als Familienbetrieb in Form einer CSA (Community Supported Agriculture) führen, haben sich mehr



Handeln vor Ort

als 200 Mitglieder gefunden, welche die Idee der gemeinschaftsgetragenen Landwirtschaft tatsächlich unterstützen. Ich hätte es auch nicht für möglich gehalten, dass in so kurzer Zeit ein Betrieb von reinem Getreideanbau hin zu einer gemischten Form mit hoch differenziertem Gemüsebau entwickelt werden kann. Wir sind immer noch berührt von dem vielfältigen freiwilligen Einsatz mancher Mitglieder in Feld und Garten. Und ich hätte nicht gedacht, wie viel Arbeits- und Ausbildungsplätze in so kurzer Zeit auf dem Lande geschaffen werden können. Und es ist schon erstaunlich, wie schnell sich so ein Projekt durch den konkreten Entwicklungsprozess zu einem pädagogischen Lernort entwickeln kann. Täglich sind wir im Gespräch über

die Weiterentwicklung der Lebensmittelqualität, die Gestaltung sinnvoller Kreisläufe in der Landwirtschaft, oder der Rolle der Insekten bei der Bestäubung.

Es wird kein Gemüse weggeworfen und es brauchen auch keine Vermarktungsverhandlungen geführt werden. Wir müssen, ähnlich wie bei der Energiewende, Beispiele für eine Agrarwende schaffen, wie es der Welt Agrarbericht- das intelligenteste, was wir derzeit als Grundlage zukunftsorientierter Agrarpolitik haben- fordert. Schaffen wir fruchtbare Inseln in den Maissteppen und Sikkationswüsten unserer Zeit. Das bringt mehr Lebensfreude als das Verdauen schlechter Nachrichten.

*Johannes Hartkemeyer,
Bramsche*

Betriebsspiegel:

30 ha Ackerbau,
6 ha Gemüsebau,
5,5 ha Grünland,
10,5 ha Wald,
0,5 ha Biotope,
0,5 ha Streuobst,
drei Foliengewächshäuser,
zwölf Coburger Fuchsschafe,
fünf Limousin Mutterkühe,
40 Bunte Bentheimer Schweine,
300 Hühner,
Kinderbauernhof,
CSA Projekt

Windkraft? Ja, aber

Obwohl eine Mehrheit in Deutschland eine Energiewende will, strauchelt sie vor Ort und in Berlin

Die Energiewende war lange Zeit der Deutschen liebstes Kind. In parteiübergreifender Eintracht, auch mit den Bürgern, gab es das Projekt vom guten, sauberen Strom mit viel positiver Strahlkraft im In- und Ausland. Inzwischen in den Niederungen der praktischen Umsetzung angekommen ist viel vom einstmaligen Zuspruch verloren gegangen. Auf politischer Bühne streiten Regierung und Opposition um die richtigen Weichenstellungen im Hinblick auf eine Revision des Erneuerbare Energien

Konditionen, die die Politik damit der deutschen Wirtschaft gewährt. Fragen muss man sich auch, warum die Energiekonzerne die durch die inzwischen herrschende Überschussituation am Strommarkt extrem niedrigen Börsenstrompreise eigentlich nicht an die Endkunden weitergeben.

Wie weiter?

Die Frage wie demokratisch die Energiewende geplant und umgesetzt wird, rückt nicht nur beim Thema

tisch geprägte Entwicklung der Windkraft dezentral in Händen. Das dies auch nicht immer einfach ist, steht auf einem anderen Blatt. So auch für die Familie von Bauer Jens Meierkord im niedersächsischen Landkreis Lüneburg. Seit die Gemeinden des Landes Niedersachsen nach und nach beschlossen haben, Vorranggebiete für den Bau von Windkraftanlagen auszuweisen, engagieren sich nicht nur die Meierkords in einer Bürgerbewegung gegen

zeugten Windstroms“, sagt Berater Axel Wilhelms, „natürlich wäre es viel einfacher gewesen, einem großen Konzern die Flächen zur Verfügung zu stellen.“

Transparenz

Protest, so die vielerorts gemachten Erfahrungen, entsteht oft dann besonders organisiert und heftig, wenn es zu wenig Transparenz und Einbindung aller Betroffenen gegeben hat. In Kombination mit persönlichen Befindlichkeiten wird die Sache schnell zum heißen Eisen. In Schleswig-Holstein, wo die Windkraft schon länger dazu gehört, begegnet man dem durch frühzeitige Öffentlichkeit und Mitsprache. Außerdem läuft dort viel nur noch über Bürgerwindparke, bei denen in großer Breite die Anwohner eben auch durch Anteilszeichnungen, sprich Geld, beteiligt werden. Denn bei aller ernst gemeinten Entrüstung über Lärm, Schall, Landschaftsveränderung und geschrederten Greifvögeln – der Neidfaktor wiegt auch. So willkürlich wie in manchen Gemarkungen der eine Grundeigentümer noch im Bereich der Vorrangflächenausweisung liegt und wie nicht, ist es kaum verwunderlich, dass Misstrauen und Unmut über diese Ungerechtigkeiten immer wieder auftauchende Geschichten, dass Nachbarflächen unterschiedlich hinsichtlich ihrer Eignung als Windkraftstandort bewertet werden und das einzige belastbare Argument in der ländlichen, noch immer von Vetterwirtschaft geprägten Kommunalpolitik die verwandtschaftliche Beziehung zwischen Grundeigentümer und Gemeinderatsmitglied ist. Und die Vorwürfe der Veruntreuung von Geldern in Millionenhöhe durch einen niedersächsischen Bauernverbandsvorstand, welche aus Windparkprojekten stammen, wirft zumindest ein Schlaglicht darauf, dass es auch verbandlich organisierte Akteure im ländlichen Raum gibt, die bei der Windkraft Strippen ziehen.

Energiewende richtig

Am Ende bleibt, dass es nur in einem offenen Dialog mit den Menschen vor Ort geht und auch dann geht es manchmal nicht. Das muss man akzeptieren. Nicht akzeptieren muss man, wenn Schwierigkeiten mancherorts politisch dafür instrumentalisiert werden, um die Energiewende als solches in Frage zu stellen. Das gilt auch für die Lobbyanstrengungen auf der großen politischen Bühne. Die Energiewende bleibt richtig und muss nun mit den richtigen Weichenstellungen in einem nach wie vor demokratischen EEG weiter nach vorne gebracht werden. **cs**



Erneuerbare Energie dezentral in Hand der Menschen vor Ort.

Foto: pixelio/Hofer

Gesetzes (EEG), die Fragen zum Netzausbau für den Transport der eher im Norden erzeugten Energie aus regenerativen Quellen in den Süden, und die einer gerechten Kostenverteilung vor dem Hintergrund hoher Strompreise und großzügiger Kostenfreistellungen großer Konzerne werden unterschiedlich beantwortet. Bundesumweltminister Peter Altmaier versucht sich mit einer Strompreisbremse als Verbraucherschützer zu profilieren, sagt aber nicht dazu, dass erst durch die letzten schwarz-gelben Änderungen des EEG die Instrumente eingeführt wurden, die Verbraucherpreise hoch getrieben haben. Allein die Senkung der Grenze, ab der große Unternehmen von der EEG-Umlage befreit werden, von 10 auf 1 Mio. Kilowattstunden hatte einen ganz direkten Effekt für die Verbraucher, die entsprechen mehr tragen müssen. Gleichzeitig klagen unsere europäischen Nachbarn über die wettbewerbsverzerrenden

Strompreis in den Vordergrund. Konkret am Beispiel der Windkraft wird gerade entschieden, ob es auch zukünftig eine dezentrale, durch Bürgerbeteiligung geprägte Windnutzung gibt, oder die Stromkonzerne auch hier das Ruder in die Hand bekommen. Wird in der von allen Parteien nach der Bundestagswahl angekündigten EEG Überarbeitung tatsächlich die von der CDU und FDP favorisierte Quotenlösung durchgesetzt, gilt nur noch das Angebot des Günstigsten. Keine Bank wird mehr einem Bauern oder einer Bürgerbeteiligungsgesellschaft einen Kredit zum Bau von Windrädern geben, wenn diese weder einen – wie bisher im EEG garantierten Stromabnahmepreis – noch eine verlässliche Vermarktung vorab vorweisen können. Die Energiekonzerne können das garantieren und haben dann endlich die bislang mehr oder weniger demokra-

die Windräder vor der eigenen Haustür. Das Motto der örtlichen Bürgerinitiative wirkt so schwierig wie die ganze Problematik: „Windkraft ja – aber nicht bei uns!“ kann man eine Energiewende wollen, aber gegen Windräder vor der eigenen Haustür sein? „Hier passen sie nicht her“, sagt Meierkord und macht auch klar, dass ihm stinkt, dass der Bauernverband zumindest anfänglich seine Finger im Spiel hatte. Er versammelt vor allem Menschen hinter sich, die aus einem konservierenden Ansatz heraus möglichst nichts an der Landschaft, in die sie vielleicht sogar bewusst aus der Stadt gezogen sind, ändern wollen. Dagegen stehen in diesem Fall Grundeigentümer, nicht nur Bauern, und die Landberatung in Lüneburg, die als Betreiber eigentlich die Menschen vor Ort mitnehmen wollten. „Wir wollen Bürgerbeteiligung und auch den Direktbezug des hier er-

Tausende Menschen demonstrieren vor einem Geflügelschlachthof in der niedersächsischen Pampa. Auch fernab der urbanen Boulevards, wo eine Kampagne gegen industrielle Massentierhaltung inzwischen eine gewisse Hipness beinhaltet, kommen genug Leute zusammen, um einen landschaftsdominierenden Industriekomplex zu umzingeln und zu sagen: „Halt Stopp, das wollen wir nicht mehr! Wir wollen, dass vernünftig mit den Tieren umgegangen wird, die wir dann später essen und vernünftig mit den Bauern und Bäuerinnen, die diese Tiere halten und mit den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, die sie schlachten.“ Die Bauherren und Bestandsschützer des Großschlachthofs - Politiker, Bauernverbandsvertreter, Handelskonzernchefs – können nicht mehr vorbei an der Menschenkette und ergreifen die Initiative: so tun als ob wir was tun. Sie starten eine Tierwohlkampagne, die möglichst nichts ändern muss, dem Verbraucher und den Verbraucherinnen aber sagt: alles ändert sich! Bauern und Bäuerinnen, die wirklich etwas geändert haben und ihre Tiere artgerecht halten sind davon bedroht, ihr Alleinstellungsmerkmal zu verlieren. Hinzu kommt, dass es auch in der Szene der artgerechten Tierhaltung noch Entwicklungsnotwendigkeiten gibt – bei der Vermarktung, bei den Strukturen. Letztlich muss der Verbraucher, die Verbraucherin entscheiden, auch zukünftig entscheiden können, nur dann wird das Neuland-Programm auch sein 50 jähriges Bestehen feiern.



Tierwohl durch die kostensparende Hintertür

Branchenlösung versucht sich am Spagat zwischen Weltmarkt und Inlandsansprüchen

Tierwohl eignet sich nicht zur Marktdifferenzierung!“, verkündete Johannes Röring, Vorsitzender des Fachausschusses Schweinefleisch im Deutschen Bauernverband (DBV), bei der Vorstellung der „Initiative Tierwohl“ auf dem Veredelungstag des DBV Anfang September im westfälischen Senden. Die Aussage wirkt fast wie eine trotzigte Entgegnung auf einen Kritikpunkt der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) an der gerade erst zwischen DBV, Handelsketten und Schlachtunternehmen getroffenen Vereinbarung: „Bei der geplanten Branchenlösung für mehr Tierwohl wird beim Fleisch die Transparenz und damit die Wahlfreiheit der Kunden gescheit“, kritisiert Bernd Voß, Bundesvorsitzender der AbL. Rörings nicht weiter begründete Aussage zur Marktdifferenzierung wird auch durch die Ergebnisse einer aktuellen Umfrage des Bundesverbands der Verbraucherzentralen in Frage gestellt: „61 % der Verbraucher fühlen sich beim Einkauf von Fleischprodukten nicht ausreichend darüber informiert, unter welchen Bedingungen die Tiere gehalten wurden.“ Die Initiative Tierwohl entstand als Reaktion auf den hohen gesellschaftlichen und mittlerweile politischen Druck auf Tierhaltungsanlagen im industriellen Stil. Die gesamte konventionelle Fleischerzeugung soll einbezogen werden ohne ein

neues Siegel auf den Markt zu bringen. Auf gar keinen Fall soll die internationale Wettbewerbsfähigkeit oder die Verkaufsmenge eingeschränkt werden, d.h. es dürfen nicht zu hohe zusätzlichen Kosten bzw. Preisanstiege entstehen.

Freiwillig auswählen

Herausgekommen ist eine Vereinbarung über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg. Die TierhalterInnen sollen sich freiwillig beteiligen können, indem sie betriebsindividuell passende Maßnahmen aus einem Katalog umsetzen. Dafür sind Durchschnittskosten pro Tier (€/Tier) kalkuliert worden, die durch einen von den Handelsketten gespeisten Fonds ausgeglichen werden sollen. Die folgenden Katalogbestandteile für Mastschweine wurden bisher veröffentlicht: Block A umfasst die Grundanforderungen für Betriebe zur Teilnahme - einziges Ausschlusskriterium: eine zu geringe Fensterfläche. Block B ist der Wahlpflichtbereich, aus dem einzelne Maßnahmen bis zu einem Wert von 3,00 €/Tier gewählt werden müssen. Es bestehen Überlegungen, die Wahl von entweder 10 % mehr Platz (2,80 €/Tier) oder Zugang zu Rauhfutter (2,00 €/Tier) verpflichtend vorzuschreiben. Das nach EU-Recht verbotene, aber dennoch stattfindende, routinemäßige Kupieren der Ringelschwänze wurde in einen dritten Block

C ausgelagert. Dessen Umsetzung bereitet nach Aussagen einiger Mitglieder der Projektgruppe erhebliche Probleme. Was auch daran liegt, dass das derzeit gängige zwangsbelüftete Haltungssystem auf Vollspalten als Ausgangspunkt gesetzt ist. Da die Mehrkosten gering bleiben sollen, sind Um- bzw. Neubauten von Ställen nicht möglich. Dabei zeigen sowohl Bio- als auch Neulandställe seit Jahren praktische Haltungsformen mit Freilauf und Stroheinstreu, in denen Schweine ihre Schwänze behalten können.

Tierwohl versteckt

Schon bei der diesjährigen Einführung des zweistufigen Tierschutzlabels vom Deutschen Tierschutzbund war ein wesentlicher Kritikpunkt, dass die Anforderungen für die Einstiegsstufe, z.B. beim Schwänzekürzen, hinter den gesetzlichen Tierschutzstandards zurückbleiben. Das Label stellt jedoch, zumindest für den Verbraucher, eine erkennbare Auslobung veränderter Haltungsbedingungen dar - verbunden mit dem entsprechend höheren Preis. Denn darin sind sich alle einig: mehr Tierwohl im Stall verursacht Kosten. Dem Tierschutzlabel verheißt der Einkaufsleiter für Frischwaren bei Rewe, Guido Siebenmorgen, jedoch genau deshalb ein Nischendasein und begrüßt umso mehr die neue Initiative. Dabei sollen die Kosten für die Tierschutzmaßnahmen der

jeweils teilnehmenden LandwirtInnen auf die gesamte Fleischmenge umgelegt werden. Auf diese Weise werden sie, solange die Zukunftsvorstellung Siebenmorgens, dass alle Tierhaltungsbetriebe mitmachen, nicht erfüllt ist, in der Masse „versteckt“ und die Preise des Gesamtmarktes bewegen sich komplett, aber nur leicht nach oben. So ist kein Konsumrückgang zu befürchten und die Händler umgehen logistische Probleme: Denn der Fleischmarkt besteht aus Teilstücken, deren Mischungen und Bezugsquellen wöchentlich neu zusammengestellt werden. Als Kennzeichnung kann sich Siebenmorgen auf den Fleischverpackungen folgenden Vorschlag eines Kollegen gut vorstellen: „Mit dem Kauf dieses Produktes unterstützen Sie die Initiative Tierwohl.“ Das klingt schon wie gedruckt, doch weiß dann trotzdem niemand, ob das Tier aus einem Betrieb stammte, der sich an der Initiative beteiligt, und wenn ja, welche Veränderungen an den Haltungsbedingungen vorgenommen wurden – ein Auslauf oder eine Schalenfränke?

Angebrachte Zweifel

Auf dem Veredelungstag äußerte ein Bauer in der Mittagspause am Buffet seine Skepsis: „Das läuft doch wie das

Fortsetzung auf Seite 12 unten

Bio muss bäuerlich Tiere halten

Skandalbilder aus Bioställen wird es immer wieder geben, so lange Strukturen nicht geändert werden

Die Bilder ähneln sich und die Skandalwirkung ist inzwischen weniger lang anhaltend. Immer wieder zertrümpftes Geflügel in Massen, egal ob wankende Bio-Puten oder malträtierte Wiesenhofhähnchen. Damit tauchen auch altbekannte Namen der Szene wieder auf, auch wenn nun doch nicht ganz klar sein sollte, ob der Bio-Putenstall Heinrich Tiemann, seinem Sohn

oder einem Schwippschwager oder doch ganz wem anders gehört. Und auch wenn Wiesenhof sich sofort von dem gezeigten Betrieb trennt, die Skandale sind die Auswüchse industrialisierter Strukturen, egal ob sie ein Bio- oder Tierwohllabel tragen. Und letztlich ist der Skandal nicht nur die Tierhaltung, die in den vergangenen Monaten Hauptgegenstand der öffentlichen De-

batte ist. Schon die Züchtung ist Industrie, 95 % des Geflügelzuchtmarktes beherrschen zwei Konzerne, die jahrelang ohne Blick auf das Tierwohl industriekonforme Fleischproduzenten entwickelten, welche mit dem ursprünglichen Tier nur wenig gemein haben. Wenn sich der Brustmuskelaufteil der Hochleistungsputenrassen in den vergangenen Jahren von 15 auf 30 % verdoppelt hat, wundert es nicht, dass im Stall getorkelt wird. Und das dies auch für Bio-Ställe gilt ist nicht verwunderlich, schließlich gibt es inzwischen keine Rassenalternativen mehr. Schon vor Jahren, als Vorzeigeputenhalter Franz Sander des Betrugs überführt wurde, mahnte der Biobauer, AbLer und Grüne Bundestagsabgeordnete Friedrich Ostendorff, die Szene solle die Finger lassen vom Bioputengeschäft. Das ist aber zu lukrativ, also formulierte man Ansprüche und Ziele in Sachen eigener Zucht. „Geändert hat sich eigentlich nichts“, sagt Ostendorff heute. Die Biotierhaltung hat sich zu weiten Teilen einnehmen lassen von konventionellen Industriestrukturen und ihren Akteuren anstatt den Fokus frühzeitig auf bäuerliche Alternativen zu setzen, zum Beispiel bei Neuland die strengere Haltung und Obergrenzen

abzugucken und wirklich Energie und Geld in den Aufbau einer eigenen Züchterszene zu stecken.

Um die Wurst

Die allgemeinen Entwicklungen gelten nicht nur für Geflügel, die Schweinehaltung legt nach. Auch hier werden die Strukturen immer größer und weniger bäuerlich. Die Züchtung bremsst erst seit kurzem ab, nicht noch mehr Ferkel pro Sau auch auf Kosten der Vitalität zu erreichen. Auch hier steckt die Bioszene im Konventionalisierungsdilemma und müsste doch mehr Interesse denn je haben, sich angesichts der Anti-Marktdifferenzierungs-Tierwohlbranchenlösung mit positiven Bildern abzuheben. Die Erfahrungen, wie man artgerechte Tierhaltung bäuerlich macht, sind bei Neuland seit 25 Jahren da, bei den Erfahrungen, wie man das dann auch in Euro und Cent umsetzt, gibt es durchaus noch Entwicklungspotential. Bauernverband und Lebensmitteleinzelhandel wünschen sich, dass die Verbraucher und Verbraucherinnen demnächst sagen: „Ach ist doch Wurst wo die Wurst herkommt, ist doch alles irgendwie Tierwohl oder auch nicht.“ Bilder von schlechter Biohaltung spielen dem in die Hände. cs



Mal ein positives Bio-Puten-Bild

Foto: BLE, Stephan

Fortsetzung von Seite 11

QS-System: erst gibt es einen Aufschlag für die, die mitmachen – und später wird das der neue Standard und es gibt keinen Cent mehr.“ Siebenmorgen sieht die Fondsfinanzierung jedoch gewährleistet über die noch anstehende Selbstverpflichtung der beteiligten Handelsketten, die etwa 80 % des Lebensmittelhandels vertreten. Aufgrund der zahlreichen Absprachen entlang der Wertschöpfungskette gilt die kartellrechtliche Prüfung als eine noch ausstehende Hürde für die Initiative Tierwohl. Offen bleibt, welchen Preisaufschlag für Fleisch der Handel bereit ist, den Verbrauchern zuzumuten. Denn diese werden, ob sie wollen oder nicht, an der Theke die Zusatzbeträge zahlen, die der Handel beim Einkauf an den Fonds gibt. Die im Ermessen des Handels liegende „Schmerzgrenze“ ergibt letztendlich, wie viele LandwirtInnen teilnehmen, bzw. bis zu welchem Niveau die Tierschutzstandards angehoben werden können. Was bleibt für die Bauern und Bäuerinnen? Auch zukünftig müssen sie weiter auf den Kosten-

wettkampf durch neue Technik und Effizienzsteigerung setzen, um wettbewerbsfähig mit Weltmarktpreisen konkurrieren zu können – auf Kosten anderer Höfe und Berufskollegen, die nicht mehr mithalten können und auf Kosten der Tiere. Zusätzlich können einige den Spagat versuchen innerhalb dieses Systems auf niedrigstem, kostenausgleichendem Niveau der Forderung nach mehr Tierwohl zu entsprechen – ohne dass ihre Bemühungen dabei nach außen sichtbar werden. Sie sind abhängig vom Handel und müssen hoffen, dass die Mehrkosten ausgeglichen werden. Wie wäre es stattdessen auf eine echte Differenzierung durch konsequente Programme, wie z.B. bei Neuland, zu setzen? Und sich durch die Einhaltung klarer, nachvollziehbarer Standards selbstbewusst den Werten der einkaufenden Menschen zu stellen und dafür, auch durch werbende Unterstützung des Handels, einen angemessenen Preis für die Produkte zu erlösen? cw

Tierwohlkriterien für die Schweinemast

Block A - Grundanforderungen

alle Kriterien müssen erfüllt werden

- zertifizierte Qualitätssicherung (QS oder vergleichbares System)
- jährliche Auditierung; Beratungspflicht bei Auffälligkeiten
- qualifizierte Teilnahme am Antibiotikamonitoring
- qualifizierte Teilnahme am indexierten Schlachtierbefunddatenprogramm
- standardisierter Stallklimacheck
- standardisierter Tränkewassercheck
- Tageslicht – mind. 1,5 % der Stallgrundfläche

Block B - Wahlpflichtkriterien

mindestens zwei Kriterien müssen erfüllt werden

- 10 % mehr Platzangebot im Stall
- ständiger Zugang zu gesundheitlich unbedenklichem Rauhfutter
- Jungebermast (Verzicht auf die chirurgische Ferkelkastration)
- automatische Luftkühlungsvorrichtungen (z.B. Niederdruckvernebelung)
- zusätzliches organisches Beschäftigungsmaterial
- saufen aus der offenen Fläche (z.B. Schalentränken, Aqua-Level)
- Unterstützung der Buchtstrukturierung durch angebrachte Wände
- Scheuermöglichkeiten (z.B. Scheuerbalken, Scheuerbürsten)
- natürliche Klimareize (z.B. Offenfrontstall)
- 20 % mehr Platzangebot im Stall
- 40 % mehr Platzangebot im Stall
- Komfortliegefläche mit weicher Unterlage (z.B. Gummimatte, Tiefeinstreu)
- Auslauf (auf befestigter Fläche oder Freilandhaltung)

Block C – Bonusprojekt Ringelschwanz

- Verzicht auf Schwänzekupieren; mit begleitender Beratung

Von der Provokation zum Leitbild

Neuland feiert 25 jähriges Jubiläum mit selbstbewusst fröhlichem und politischem Hoffest

Das wird nichts, haben viele gesagt: NGOs (Nicht-Regierungsorganisationen) und Bauern, die werden sich schnell zerstreiten“, erinnert sich Jochen Dettmer, Bundesgeschäftsführer von Neuland, an Kommentare aus den Anfangszeiten des Markenfleischprogramms. Doch das Bündnis hält bis heute, entwickelt sich weiter und gibt immer wieder Anstöße in der Politik und bei Marktpartnern – „Eine Erfolgsgeschichte und mittlerweile Leitbild in der politischen Diskussion um Tierwohl und Möglichkeiten der praktischen Umsetzung“, fasst Dettmer den Stand der Dinge heute zusammen. Und tatsächlich hat es etwas verwirrendes, wenn das Bundeslandwirtschaftsministerium, wie in diesem Frühjahr geschehen, eine Million Euro in die Erforschung tiergerechter Haltungsbedingungen investiert, die Praktiker von Neuland aber ungefragt bleiben. 25 Jahre Neuland, das sind auch 25 Jahre Erfahrungen im praktischen Tierschutz. Schweinehaltung auf Stroh, mit Auslauf und Ringelschwänzen.

Ein Hoffest

Auf dem Hof von Martin Steinmann in Lotte bei Osnabrück feierte der Verein Anfang September sein 25 jähriges Bestehen. Der Neuland-Bauer führte den Tag über immer wieder durch die Ställe seiner Schweine und Legehühner, um die praktische Bedeutung der Vereins-Leitlinien für Hof und Tiere anschaulich zu erklären.

1988 haben sich einige Bauern und Bäuerinnen mit Tier- und Umweltschützern sowie agrarpolitischen Organisationen zusammengetan, um gemeinsam Leitlinien für ein neues Markenprogramm zu formulieren. Dem Credo von Wachstum und Intensivierung in der konventionellen Landwirtschaft setzten sie bewusst, und politisch durchaus provokant, die Ausrichtung auf artgerechte Haltung der Nutztiere auf bäuerlichen Betrieben zur Versorgung regionaler Märkte entgegen. Neben Gesundheit und Umweltschutz ging es von Anfang an darum mit einer klaren Positionierung und eigener Ver-

marktung den Wert von Nutztieren in den Vordergrund zu stellen und so auskömmliche Preise für die Bauern und Bäuerinnen zu erzielen. Träger des Vereins sind die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), der BUND und der Deutsche Tierschutzbund.

Zukunftsweg

Steinmann freute sich über die gelungene Mischung aus Feiern und politisch-inhaltlichen Beiträgen durch Grußworte von Politikern, Fachvorträgen aus der Wissenschaft und einem Podium zur Bedeutung der Vermark-

tung. „Ich hätte mir allerdings mehr Interesse, Beteiligung und Diskussion von konventionellen Berufskollegen gewünscht“, meint er und ergänzt, „Aber da gibt es immer noch Berührungsängste.“ Doch immer mehr Bauern und Bäuerinnen sowie Marktpartner interessieren sich für Neuland – so ist das Programm für Jungbauer Karsten Jostmann „der beste Weg für die Zukunft.“ Auf seinem elterlichen Betrieb leben 100 Sauen; „davon sollte man leben können, ausgelastet sind wir jedenfalls genug. Tiere brauchen Zeit, die muss man sich nehmen und dafür muss der Preis stimmen.“ *cw*



Auch NRW Landwirtschaftsminister Johannes Rimmel würdigt das 25 jährige Neulandengagement für mehr Tierschutz.

Foto: Jasper

Mit der Tierwohl-Checkliste durch den Stall

Ökoverbände in Nordrhein-Westfalen wollen Haltungsbedingungen in Biobetrieben optimieren

Im Rahmen der Aktionstage Ökolandbau NRW präsentierten vier Bioverbände einen Leitfaden zur Überprüfung des Tierwohls auf den Höfen. Er ist für die Beratung und für Eigen-Audits der Bauern und Bäuerinnen in ihren Ställen gedacht. Neben der Bewertung der Bedingungen im Stall und bei der Fütterung, wird der Blick stark auf die Tiere an sich gelenkt. Mit Hilfe von tierbezogenen Indikatoren, die sich auf den Allgemeinzustand, Verletzungen und Gesundheitsparameter beziehen, soll das Wohlbefinden beurteilt werden. Auf dem Bioland-Hof Angenendt in Drensteinfurt im Münsterland konnten sich Medienvertreter ganz praktisch bei einer Betriebsführung informieren. Betriebsleiter Peter Angenendt

hält seit drei Jahren Mastschweine in einem Offenfrontstall auf Stroh, der von der BAT (Beratung artgerechte Tierhaltung) konzipiert wurde. „Der ist auf die Bedürfnisse der Tiere zugeschnitten und praktisch zu händeln für mich“, erklärte der Biobauer, während die Schweine mit intakten Ringelschwänzen im Hintergrund neugierig die Rüssel reckten.

Gemeinsame Forschung

Seit dem letzten Jahr betreiben die Verbände Bioland, Naturland, Demeter und Biokreis in Nordrhein-Westfalen (NRW) gemeinsam mit Wissenschaftlern vom von Thünen Institut das Projekt „Tierwohl“ für Rinder, Schweine, Geflügel sowie Schafe und Ziegen: Wie können

Bio-Landwirte und Tierhalter dafür sorgen, dass es ihren Tieren wirklich gut geht? Und wie können sie das beurteilen? Finanziell unterstützt werden sie vom Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes (MKULNV). Als ein Handwerkszeug ist eine Broschüre entstanden, die an Hand von Fotos sowohl gute Tierhaltungspraxis als auch Abweichungen zeigt. Im nächsten Projektschritt werden auf insgesamt bis zu 400 Höfen kostenlose Beratungen durchgeführt. „Das Ziel ist die Optimierung der Tierhaltung und somit die Prävention gegen schlechte Zustände, wie sie leider als Skandale auch im Biobereich auftauchen“, erklärte Heinz-Josef Thuncke von

Bioland-NRW als Sprecher der Projektinitiative. Er wünscht sich eine Form der beratenden Zusammenarbeit, statt den Ausbau konfrontativer Kontrollsituationen. „Bei Kontrollauffälligkeiten könnte jedoch der Leitfaden dazu genutzt werden, um Maßnahmenpläne für Verbesserungen festzulegen“, blickte Thuncke in die Zukunft. Auf die Frage, ob die staatlich geförderten Projektergebnisse, z.B. auch in der Diskussion zum Tierwohl in der konventionellen Landwirtschaft genutzt werden können, ging Dr. Ludger Wilstake vom MKULNV nur in sofern ein, dass er erklärte, von den Berufsvertretern seien ihm bisher keine Anfragen zur Unterstützung bekannt – denkbar sei das in Teilbereichen. *cw*

Tierwohl- und Umwelt-Vorgaben durchsetzen

Bauern werden aktiv im Netzwerk „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“

BHV-Sanierungspläne

Bis zum 1. Mai 2015 sollen in Niedersachsen alle Rinder, die das Bovine Herpes-Virus in sich tragen, ausgemerzt sein. Das Land strebt wie Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern die EU-Anerkennung als BHV-frei an, die Bayern seit 2011 hat. Die Bundesländer erhöhten in letzter Zeit den Druck, die hauptsächlich für den Tierhandel bedeutsame Tierseuche endgültig auszumerzen, um Einschränkungen im europäischen und Inlandsgeschäft zu beenden. Aktuell verschickt die Tierseuchenkasse in Niedersachsen Informationsbriefe an alle Betriebe, die noch BHV-infizierte Rinder im Bestand haben. Darin wird auf erneute Beitragserhöhungen zur Seuchenkasse für nicht-BHV-freie Betriebe auf 15,60 Euro pro Tier, gegenüber 8,00 Euro für freie Betriebe, hingewiesen. Als Anreiz zur Merzung der BHV-tragenden Tiere ist eine pauschale Beihilfe von 200,00 Euro vorgesehen. Aber nur im Jahr 2014, wenn bis zum Ende des Jahres alle BHV-Träger entfernt wurden und nur für höchstens 60 Monate alte Rinder. Obwohl es sich um eine Seuchensanierung handelt, kann entweder gemerzt oder ins Ausland – z.B. auch in die direkt benachbarten Niederlande – verkauft werden. cw

Das die gemeinsam mit Tierschutzbund und BUND erarbeiteten und bewährten Kriterien des „Neuland“-Programms der Maßstab für alle Tierschutzsiegel sein müssen, hat die AbL jüngst noch einmal nachdrücklich festgestellt. Denn viele Tierwohl-Label oder „Branchenlösungen“ tun sich schwer, auch nur annähernd diesem Mindestkompromiss zwischen Tier-Ansprüchen und Betriebswirtschaft zu folgen. Gleichzeitig tun sich aktuell auf politischer Ebene Möglichkeiten zur Durchsetzung dieser „Neuland“-Standards zugunsten der Bauernhöfe auf. Dies liegt vor allem an der starken gesellschaftlichen Bewegung „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“, getragen von 220 Bürgerinitiativen und Verbänden wie AbL, BUND, PROVIEH, Deutschem Tierschutzbund, Evangelischem Entwicklungsdienst, Albert-Schweitzer-Stiftung und vielen anderen. Entsprechende Bewegungen gibt es in anderen Ländern, wie den Niederlanden – kürzlich vernetzten sich in Papenburg in einem ersten Schritt holländische und deutsche Bürgerinitiativen. Diese Bewegungen haben bereits Hunderte von Megaställen verhindert – und zwar nicht nur wegen deren Emissionen und resistenten Keimen, sondern genauso wegen des Ziels einer artgerechten und flächengebundenen Tierhaltung in mittelständisch-bäuerlichen Strukturen. Es geht auch um eine erzeugerpreis-wirksame Einschränkung der EU-Erzeugung ohne Exportdumping und ohne Abhängigkeit von (Gentech-) Sojaimporten. „Bauern-Initiativen“ wie z.B. in Barver (Diepholz) oder im Emsland verhinderten erfolgreich Ställe für mehrere Tausend Kühe bzw. Schweine.

Neues Baugesetz

Unterstützung bekommt diese Bewegung durch die Medien und durch Kommunalpolitiker in den Intensivhaltungsregionen, so dass parteiübergreifend das neue Bundesbaugesetzbuch – zumindest für gewerbliche Betriebe folgende Regelung vorsieht: Gemeinden können ohne Begründung einen Bebauungsplan für



Anlagen oberhalb folgender Tierzahlen verweigern: 1.500 Schweinemast-, 560 Sauen-, 30.000 Masthühner-, 15.000 Puten-, 15.000 Legehennen und 600 Rinderplätze. Davon sind z.B. in der Schweinehaltung die meisten der bäuerlichen Betriebe nicht betroffen, wohl aber die agrarindustriellen Überschuss-Produzenten. Begründet sind diese Zahlen durch die Risiken, die von hohen Stall-Tierzahlen für Umwelt, Gesundheit oder Lebensqualität ausgehen. Auch die Filterklasse für Ställe mit mehr als 2.000 Schweinen begünstigen die bäuerlichen Tierhalter gegenüber ihrer agrarindustriellen Konkurrenz. In den Niederlanden veranlasste die Bewegung gegen „Megaställe“ die Regierung sogar zu einem längeren Moratorium beim Stallbau.

Weg von Ausnahmen

Der zweite Erfolg der Bewegung „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ ist der Niedersächsische Tierschutzplan, der ganz wesentliche Missstände in der Nutztierhaltung auflistet und klare Termine für deren Beseitigung festlegt. Es ist bezeichnend für die Stärke der Bewegung, dass dieser Tierschutzplan zunächst von einer CDU-FDP-Regierung verabschiedet wurde. Die rot-grüne Landesregierung und Minister Christian Meyer setzen diese Vorgabe jetzt weiter konsequent um. Zentrales Element ist die Beendigung des Schnabelkürzens bei Geflügel und des Schwänzekupierens bei Schweinen. Wie bei den Geflügelschnäbeln, so ist auch bei den Ringelschwänzen der Schweine das Kupieren seit vielen Jahren durch entsprechende EU-Richtlinien verboten.

Während Tierhalter in Skandinavien, im Baltikum oder in England diese Vorgaben längst einhalten, hat man sich bisher in Deutschland mit „Ausnahme-Regelungen“ (für 90 % der betroffenen Tiere) vor der Umsetzung gedrückt. Die EU-Kommission nimmt dies nicht mehr hin und hat dem Bund und den Bundesländern bereits hohe Strafen angedroht. Mittlerweile haben die Landesregierungen anderer nord- und westdeutscher Bundesländer ähnliche Arbeitsgruppen eingesetzt wie in Niedersachsen, die an der raschen Änderung der Situation arbeiten.

Bauernhöfe

Die Agrarindustrie-Lobby bzw. die Bauernverbandsspitze glauben immer noch, diese gesellschaftliche Entwicklung vor allem im Schweinebereich verhindern oder hinhalten zu können. Dabei ist klar, dass Veränderungen bei Management, Fütterung, Lüftung oder „Spielzeuge“ in der Schweinehaltung das Schwanzbeißen der Schweine nicht wirklich verhindern können. Dazu braucht ein neugieriges, intelligentes und wühlendes Tier wie das Schwein eben Stroh (und zum Abkoten draußen eine begrenzte Außenfläche). Ganz wie es praxisbewährte Programme wie „Neuland“ längst vorschreiben und wie es zunehmend Artikel in Agrarzeitungen zeigen. Eine solche artgerechtere Haltung ohne Schwanz- oder Schnabelku-



pieren, mit Stroh und Auslauf oder mit Weidgang können Bauernhöfe viel besser realisieren als Tierfabriken. Durch das Verbot bestimmter Haltungsbedingungen (wie zuvor der Käfighaltung) gäbe es keine konkurrierenden Billig-Angebote mehr. Weil eine flächendeckend artgerechte Tierhaltung die Überschuss-Mengen verringert, gäbe es auch keine defizitären Drittlandsexporte mehr, das schafft Spielraum für faire Erzeugerpreise. Viele gute Gründe also für Bauern, sich in diese gesellschaftliche Bewegung einzumischen mit Forderungen nach Praktikabilität und einem massiven und zeitlich angemessenen Umbau- und Förderprogramm! en

Renaissance der Stinker

Probleme mit Steinbrand in Getreide tauchen wieder auf

Egentlich war es schon kein Thema mehr, der Umgang mit den Getreidekrankheiten Weizensteinbrand und Zwergsteinbrand. Lediglich für Betriebe, die ökologischen Landbau betreiben, stellten die Krankheiten ein, wenn auch eingrenzbare aber so doch Ertragsrisiko dar. Seit es für konventionell wirtschaftende Betriebe die Möglichkeit der chemischen Beize gegen die Pilzkrankheiten gibt, schienen die so typisch nach Fisch stinkenden, mit Steinbrand belasteten Erntepartien der Vergangenheit anzugehören. In den letzten Jahren nun tauchen vermehrt Meldungen dazu auf, dass Stein-

brand nach wie vor nicht nur eine unrühmliche Rolle im Ökolandbau spielt, sondern auch konventionellen Ackerbauern das Leben schwer macht. Ob es damit zusammenhängt, dass nach wie vor fast zur Hälfte Nachbauseaatgut verwendet wird und hierbei die Bereitschaft der Bauern und Bäuerinnen abnimmt – sei es aus Kostengründen oder aus einer wachsenden Kritik am chemischem Pflanzenschutz heraus – weniger zu beizen, ist fraglich. Auch mag eine Rolle spielen, dass immer engere Fruchtfolgen mit immer höheren Weizenanteilen, die Bedingungen für eine dauerhafte Anwesenheit der Erreger

im Boden verbessern. Sicher ist, ist ein Bestand erst einmal infiziert, verteilt der Mährescher beim Drusch die Pilzsporen im Erntegut, die Partie ist nur noch über die Biogasanlage zu entsorgen. Stellt das erst die Getreideannahme fest, drohen Schäden und Regressforderungen. Wer wenig oder gar nicht beizt sollte deshalb bei Unsicherheiten sein Nachbauseaatgut untersuchen lassen, um unnötige Verluste zu vermeiden, außerdem ist eine weite Weizenfruchtfolge (Dinkel und Triticale sind als „Familienmitglieder“ auch anfällig) eine entscheidende, vorbeugende Maßnahme gegen den Stinkepilz. ° cs



BDP will neue Nachbauregelung

Mit einem Forderungskatalog tritt der Bunderverband deutscher Pflanzenzüchter (BDP) an die neue Bundesregierung heran. Zentraler Punkt ist die gesetzliche Überarbeitung der Nachbauregeln, die nach Ansicht des BDP weder für Landwirte noch für Züchter gerecht sei. Eine Gesetzesänderung müsse eine praktikable und praxisnahe Nachbauregelung gewährleisten, um sicherzustellen, dass die Züchter weiterhin in Forschung und Entwicklung investieren könnten, heißt es in einem Forderungskatalog. Zudem verlangt der BDP, den Sortenschutz mit dem Züchtungsvorbehalt als primäres Schutzrecht in der Pflanzenzüchtung zu wahren. Das Züchtervorbehalt und Landwirteprivileg immer einen gewissen Interessensausgleich darstellten, kommt in dem BDP-Papier nicht vor. cs

Vielfalt zulassen!

Warum es so wichtig ist, dass die EU-Saatgutgesetzgebung noch offener wird

Zuckermais frisch vom Feld ist süß. Erst wenn die Kolben, bevor sie gegessen werden, noch in Läden transportiert, dargeboten und gekauft werden müssen, fangen die Schwierigkeiten an. Bislang war es Privileg der modernen Hybridsorten sich ihr Merkmal „extra süß“, das ihnen Züchter in den USA vor Jahren einverleiben konnten, auch über einen längeren Transportzeitraum zu erhalten. Die anderen, auch oder gerade die Populationsorten, beginnen direkt nach der Ernte mit dem Umbau von Zucker zu Stärke und verlieren damit eher über kurz als lang ihre Süße. Die meisten Hybridsorten gehören dem Weltkonzern Syngenta, ein Grund mehr, neben Ablehnung von Hybriden, für ökologisch arbeitende Pflanzenzüchter den Versuch zu unternehmen, eine länger „extra süße“ Populationsorte aus Hybriden zurückzuentwickeln. Unterschiedliche Akteure, unter anderem auch eine bayerische Landesanstalt, die sich allerdings mit Futterlinien befasste, selektierten Populationsmaislinien aus Hybriden, die von ihren Sorteneigenschaften durchaus interessant für ihre potentiellen bäuerlichen Nutzer sind, allerdings relativ schnell in den Prüfungen des Bundessortenamtes (BSA) zur Erringung einer Zulassung und eines Sortenschutzes als zu heterogen negativ auffielen. Die Heterogenität bezieht sich allerdings auf Merkmale, die für den landwirtschaftlichen Anbau irrelevant sind. Neun Sorten müssen gerade in einem Feld, in dem sich wie beim Mais viele Hybride tummeln, inzwischen in all ihren Eigenschaften so homogen sein, weil der Korridor, für etwas neues zwischen den diversen sich ähnelnden Hochleistungssorten so schmal ist. Bislang, so erläutert es Gebhard Rossmannith von der Bingenheimer Saatgut AG, gab es zumindest noch die Möglichkeit die neue Linie als Amateursorte und damit dann mit der mengenmäßigen Be-

schränkung beim BSA zuzulassen. Das ist allerdings z. B. bei einer im Markt gefragten Sorte mindestens ärgerlich.

Zukunft enger

In Zukunft allerdings hat die EU den Spielraum der Amateursorten aus ihrer Vorlage für die neue Saatgutverkehrsgesetzgebung gestrichen und noch ist nicht klar, ob es eine Alternative geben wird. Rossmannith und seine Mitstreiter aus der Szene der Öko- und Erhaltungszüchter fordern genau das ein und sei es nur als Möglichkeit einer Sortenzulassung ohne Sortenschutz. Darüber wird nun mit dem BSA diskutiert, da auch die Bayerische Landesanstalt mit ihrem Linienfüttermais an, für die ackerbauische Praxis, irrelevanten Homogenitätskriterien scheiterte. Natürlich, gibt auch Rossmannith zu bedenken, ist es erst einmal ungewöhnlich, dass Züchter sich auf eine Zulassung ohne Schutz einlassen, schließlich sorgt der Sortenschutz durch seine Lizenzhebungsmöglichkeit für die Refinanzierung einer aufwendig über Jahre geleiteten Züchtungsarbeit. Ökozüchter bedie-

nen sich aber zum Teil anderer Mechanismen der Finanzierung und sind deshalb nicht ausschließlich darauf angewiesen auch einen Sortenschutz auf ihre Züchtungen zu erheben. Deshalb, so die Auffassung Rossmanniths, muss es in der neuen EU-Gesetzgebung mindestens diese Möglichkeit als Chance für eine alternative Pflanzenzüchterszene geben, ihre Sorten auf den Markt zu bringen. Bislang wusste die Lobby der großen Züchtungsunternehmen gekonnt jede Art von Lücken für einen Parallelmarkt zu verhindern. Im Sinne des von politischer Seite immer wieder geäußerten Bekenntnisses für den Erhalt der Biodiversität ist das nicht. Und auch nicht im Sinne einer Unternehmensvielfalt im Bereich der Pflanzenzüchtung. Dies sollten alle politisch Verantwortlichen, speziell die EU-Parlamentarier die nun im Gesetzgebungsprozess gefragt sind, im Blick behalten und vielleicht noch mal darüber nachdenken, ob sie sich dem Vorwurf aussetzen wollen, mit der EU-Saatgutgesetzgebung nur einmal mehr Klientelpolitik für die großen Konzerne betrieben zu haben. cs



Nur ein schmaler Korridor zur Zulassung bleibt den Ökomaiszüchtern

Foto: BLE, Stephan

Wieder weniger chemisch ackern

Der Totalherbizidwirkstoff Glyphosat ist auch vor Kritik aus der Praxis nicht mehr sicher

Glyphosat im TV

Glyphosat bleibt Medienthema. Am 28. 10. um 22.00 Uhr wird im ZDF erneut ein Beitrag über Auswirkungen von Glyphosat auf Mensch, Tier und Umwelt gesendet.

Gefilmt wurde unter anderem in Nordrhein-Westfalen bei zwei konventionellen Bauern, einem Vertreter der Landwirtschaftskammer und in der Uckermark sowie in Frankreich. cs

Abstimmungskampf zu GVO

In mehreren Bundesstaaten der USA wird in den nächsten Monaten über eine mögliche Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln abgestimmt. Im letzten Herbst setzten sich in Kalifornien die Gegner der Kennzeichnung knapp durch. Zuvor hatten die Gentechnik- und Lebensmittelkonzerne über 40 Millionen Dollar in ihre Kampagne gegen eine Kennzeichnungspflicht gesteckt. Im November wird nun im Bundesstaat Washington abgestimmt. Monsanto spendierte bislang 4,8 Mio. Dollar, Dupont 3,4 Mio. Dollar und Bayer Cropscience 0,6 Mio. Dollar. Auch der Interessenverband der Lebensmittel- und Agrarindustrie, mit Nestlé, Unilever und Pepsi, steuerte über 2 Mio. Dollar bei. Sie befürchten, dass Verbraucher Produkte mit dem Hinweis auf GV-Zutaten künftig im Regal liegen lassen könnten und statt dessen die Nachfrage nach ungekennzeichneten Lebensmitteln steigt. Die Kennzeichnungsbefürworter sammelten bislang 3,5 Mio. Dollar, hauptsächlich aus Spenden von Privatpersonen. av

Zurück zu vernünftigem Ackerbau ist keine Devise, die inzwischen in der Debatte um den Pestizidwirkstoff Glyphosat (enthalten z. B. im Pestizid Round up) in landwirtschaftlichen Kreisen Gewicht hat. Zwar bewegen gerade die breite Öffentlichkeit die in letzter Zeit häufiger auftauchenden kritischen Studien zu eventuellen Gesundheitsschäden des Wirkstoffes, verbunden mit der Erkenntnis, dass er sich überall in unserer Umwelt und in uns befindet. Viele konventionell wirtschaftende Bauern und Bäuerinnen stehen diesen Studien auch aufgrund der über Jahre von der Industrie genau anders erzählten Geschichte skeptisch gegenüber. Was aber durchaus kritisch wahrgenommen wird, ist der in den vergangenen Jahren immer

neuer Ackerbauer in Südniedersachsen. Sein Nachbar, Matthias Erler, spritzt wie Herbst Glyphosat zur Queckenbekämpfung auf Stoppeläcker und will das auch weiterhin tun können, wenn 2015 die Neuzulassung von Glyphosat auf der Agenda der EU steht. Allerdings hätte er es gerne, wenn die Anwendung gegen Problemkräuter die einzige wäre, die die EU noch zulassen würde. „Lernt wieder vernünftig zu ackern“, habe ihm schon vor ein paar Jahren ein Berater auf einer Veranstaltung zugerufen und er sehe das genauso, sagt Erler.

In die Defensive

Er steht damit längst nicht mehr allein, auch sein Berufskollege Andreas Heumer



Unterwegs sein mit Round up ist durchaus ein Abenteuer

Foto: Burton

schnellere und sorglosere Griff zum Glyphosat als billigem, bequemem Ackerbauminstrument. Dieser gipfelte in der Einführung und Bewerbung der sogenannten Vorerntesikkation, sprich dem Totspritzen von Getreide und Raps vor der Ernte. Zunächst als Notmaßnahme bei sehr unterschiedlich entwickelten Beständen gedacht, wurde es, auch in den Anzeigen in der Fachpresse, zum Zeit und Kosten sparenden Instrument der Erntesteuerung. Glyphosat ist damit nicht nur Steigbügelhalter der Gentechnik, sondern auch der einer Agrarstruktur, die aufgrund von Größe effizient und durchgeplant bis ins letzte Detail sein muss. Die Logik lautet: das Getreide ist reif, wenn es der Terminkalender des Lohnunternehmers zulässt, nicht die Witterungslage. „Mancher Große könnte das nicht so durchziehen ohne Glyphosat“, sagt Siegfried Herbst, konventio-

aus dem Münsterland sagt, mit „gutem Ackerbau“ lasse sich beispielsweise die Sikkation grundsätzlich vermeiden. Gleichzeitig ärgert sich Heumer darüber, wenn die örtliche Presse skandalisiert, dass in einem fast reifen Getreidebestand einen Tag nach der Glyphosatspritzung das Mittel gefunden werde. Auch nach den vorgeschriebenen acht Tagen Wartezeit vor dem Drusch sei das Glyphosat doch nicht weg, kritisiert aber auch Niedersachse Erler die Sikkation. Er berichtet von einem Betrieb in Mecklenburg Vorpommern, der massive Fruchtbarkeitsprobleme in seiner Milchviehherde hatte, solange das verfütterte Stroh offensichtlich von mit Glyphosat totespritzten Getreidebeständen stammte. Zwar ist das eine individuelle Erfahrung, aber sie deckt sich mit Untersuchungen von Tierärzten in den USA, die inzwischen ganz offiziell Zusammenhänge herstellen zwi-

schen gesundheitlichen Problemen im Bereich Fruchtbarkeit bei Schweinen und Rindern und der Verfütterung von glyphosatbehandelten Futtermitteln. Und auch von der Uni Leipzig wurde zumindest konstatiert, dass alle 200 untersuchten konventionellen Milchkühe Glyphosat im Urin ausschieden, alle einen Mangel an bestimmten lebenswichtigen Spurenelementen und zum Teil Anzeichen für Organschädigungen aufwiesen. Die Kritik am Wirkstoff wird breiter und bezieht sich auch immer mehr auf das Zustandekommen der glyphosatfreundlichen Studien aus der Industrie. Dem, die Zulassung erteilenden, Institut für Risikobewertung werden zu offensichtliche Verflechtungen mit der Chemieindustrie vorgeworfen, Monsanto als Herstellerkonzern ist inzwischen eher in einer defensiven Position. Österreich und Dänemark haben die Anwendung von Glyphosat zur Sikkation verboten auch der grüne Landwirtschaftsminister von Baden-Württemberg, Alexander Bonde, betreibt eine entsprechende Initiative.

Höhepunkt überschritten

„Den Landwirten bleibt nur übrig, durch einen überlegten Einsatz des Wirkstoffes weniger Angriffsfläche als bisher zu bieten“, empfiehlt der Chefredakteur der DLG-Nachrichten Thomas Preuß. Wenn der Einsatz weiter steige, erschwere man die Argumentation für die Wiederezulassung. Offenbar bedarf es einer Haltungsänderung gegenüber dem bequem-billigen Glyphosat. „Als ich meine Lehre gemacht hab, waren die Bauern noch stolz drauf, wenn sie kein Glyphosat brauchten, um den Acker sauber zu haben“, sagt Matthias Erler. Erst die breite Propagierung vermeidlich bodenschonender, pflugloser Anbausysteme begründete die Erfolgsgeschichte des Totalherbizids. Die damit einhergehende arbeitswirtschaftliche Effizienz beförderte einmal mehr die Rationalisierungsvorteile größerer Betriebe und ließ die auch vorhandenen Nachteile in den Hintergrund treten. Langzeiteffekte wie ein verändertes Bodenleben, die Begünstigung von Problemorganismen wie Fusarien und Schnecken oder die einsetzende Ertragsdegression treten erst nach und nach zu Tage. Ein Umdenken scheint erst jetzt einzusetzen: „Der Höhepunkt ist überschritten“, mutmaßt Niedersachse Erler. Beginnt tatsächlich der Stern des chemischen Allheilmittels gegen ackerbauliche Unzulänglichkeiten zu sinken? Noch sprechen 1 Mio. Tonnen auf der Welt eingesetzten Glyphosats eine deutliche Sprache, aber die der kritischen Stimmen immer häufiger auch. Und wenn sie von den Anwendern selbst kommen, entfalten sie sicherlich die größte Wirkung. cs

Regional statt aus Übersee

Im Kraichgau baut eine Initiative Soja für die eigene Genossenschaft an

Regionale Produktion statt Importe aus Übersee. Das ist eine Überlegung, die hinter dem 2013 zum ersten Mal stattfindenden Sojaanbau im Kraichgau steht. In Baden-Württemberg sind Eier mit dem Regionalzeichen „Drauf 08ten“ schon seit einigen Jahren im Handel. Dahinter verbergen sich 17 Landwirtschaftliche Familienbetriebe, die ihre Hühner ausschließlich in Bio-, Boden- oder Freilandhaltung halten. Mit „Drauf 08ten“ wollen die Betriebe den Verbraucher auf die Herkunft aus Baden-Württemberg sensibilisieren.

Alles Regional

Aber nicht nur die Eier kommen aus BW sondern mit Weizen und Mais wird auch der Großteil des benötigten Futters von den Betrieben selbst angebaut. Georg Heitlinger, selbst Mitglied beim Regionalzeichen, war dies jedoch nicht genug, denn bisher musste die als Proteinquelle genutzte Soja immer aus Südamerika, vorzugsweise Brasilien, importiert werden. Die besonderen Anforderungen, nur gentechnikfreie Ware zu verarbeiten machen das importierte Sojaschrot teuer. Für Heitlinger ein Grund mehr, in der klimatisch günstigen Region nach Mitstreitern für einen regionalen Sojaanbau zu werben. Gefunden hat er sie in der Genossenschaft Kraichgau Raiffeisen Zentrum eG (KRZeG). Die selbstständige, mittelständische Genossenschaft mit 250 Mitarbeitern zählt ca. 2.000 Mitglieder, davon etwa 800 aktive Bauern. Neben Landtechnik, Getreidelagerung und Tankstellen betreibt die KRZeG auch ein gentechnikfrei zertifiziertes Mischfutterwerk. Die Aufschläge für GMO freie Soja waren in den vergangenen Jahren so hoch, dass ein eigener, regionaler Anbau auch aus wirtschaftlicher Sicht sinnvoll erschien.

Feste Abnahmepreise

So kam es, dass sich nach einem Versuchsanbau auf drei bis vier Hektar im Jahr 2012, 35 Landwirte fanden, die in diesem Jahr auf 250 Hektar Soja anbauen. Die KRZeG schloss mit den Anbauern feste Verträge, in denen einen Abnahme für den gesamten Aufwuchs, nicht, wie oft üblich, eine bestimmte Menge festgelegt ist. 450€/to zzgl. MwSt. bekommen die Pioniere in diesem Jahr. „Damit liegen wir etwas über dem Marktpreis“, räumt Sigmar Benz von der KRZeG ein. „Aber wir wollen die Bauern unterstützen, Soja anzubauen.“ Für das kommende Jahr sind aktuell 400 €/to angekündigt. „Das“, so Benz „liegt an den gesunkenen Weltmarktpreisen.“ In jedem Fall wissen die Bauern den Preis schon vor der Aussaat im kommenden

Frühjahr. Noch aber steht die aktuelle Bohnenernte auf dem Acker. Heitlinger wartet auf ein paar trockene Tage. Dann lässt sich sagen, ob der Ertrag von anvisierten 3 bis 3,5 to/ha realistisch war. Den Bedarf der KRZeG von 36.000 to gentechnikfreier Soja können die 35 Landwirte auch im besten Fall nicht decken. Auf Feld- und Hoftagen wurde daher der Anbau, die Erfahrungen und das Marktangebot allen Interessierten zugänglich gemacht.

Wertschöpfung in die Regionen

Der letzte Feldtag fand Mitte September auf dem Betrieb von Georg Heitlinger in Eppingen statt. Erfreulich viele kamen, stellt der Betriebsleiter zufrieden fest. „Wir sind ein regionaler Eiervermarkter, aber bisher kamen 25 Prozent des Futters aus Brasilien“, fasst Heitlinger seine Motivation zusammen. „Ich möchte, dass wir die Wertschöpfung in der Region behalten.“ Auch die Energie bzw. CO²-Bilanz sei besser, wenn man die Bohnen direkt im Kraichgau anbaut. Der Feldtag war ein Erfolg, ist sich Heitlinger sicher. Viele Berufskollegen zeigten sich wegen des geringen Unkrautbesatzes positiv überrascht und schon jetzt zeichnet sich ab, dass die Sojaanbaufläche im kommenden Jahr steigen wird. *mn*



Regional vom Acker in den Trog Foto: BÖLN

Kurzes am Rande

Imker gegen Bayern vor Gericht

Am 24.10.2013, wird der Imker-Prozess (Bablok gegen Bayern) vor dem Oberverwaltungsgericht Leipzig fortgesetzt. Hintergrund ist die Entscheidung des EuGH, für nicht zugelassene Gentechnikpollen von MON810 eine Nulltoleranz festzulegen. Die nun in letzter Instanz zu entscheidende Frage, ob Schutz- und Schadensersatz bestehen, betrifft EU weit alle Lebensmittel. Die mündliche Verhandlung findet statt am 24.10.2013, Beginn: 10.00 Uhr, Bundesverwaltungsgericht Leipzig, Simonplatz 1. *av*

Mehr Infos unter: www.bienen-gentechnik.de

Gentechnik-Raps außer Kontrolle

Der Verein Testbiotech hat in einem aktuellen Report die Ausbreitung von gentechnisch verändertem Raps in verschiedenen Ländern zusammengestellt. Nicht nur dort, wo großflächiger Anbau stattfindet – wie in Kanada und den USA – ist GV-Raps vom Acker entkommen. Auch durch Freisetzungsversuche (EU) und den Transport und Import (Kanada, USA, Japan, EU) kommt es zur unkontrollierten Ausbreitung von GV-Raps. In Kanada wurden in fast dem gesamten konventionellen Rapsaatgut transgene Konstrukte gefunden, so der Bericht. Entlang von Transportstraßen wurden wilde Populationen von Gentechnik-Raps gefunden. Ähnlich sieht es an den Transportrouten innerhalb der USA aus. In der EU wurde GV-Raps bisher nie kommerziell angebaut. Allerdings sind in den 90er Jahren zahlreiche, oft mehrjährige Freisetzungsversuche durchgeführt worden. Allerdings wurde kaum bekannt wo. Laut EU-Kommission tauchen in Saatgutuntersuchungen immer wieder Verunreinigungen mit einem GV-Raps der Firma Bayer auf, der allerdings nie großflächig angebaut wurde. „Dieses Beispiel zeigt, dass auch im Falle einer eher geringfügigen unkontrollierten Verbreitung lange Zeiträume einkalkuliert werden müssen, bis eine Belastung mit GV-Raps minimiert werden kann“, so der Bericht. *av*

Zum gesamten Bericht: www.testbiotech.de.

„Fitnessvorteile“ bei GV-Wildreis festgestellt

Bislang gibt es erst wenige Studien zur Auskreuzung gentechnischer Veränderungen auf Wildverwandte der jeweiligen GVO-Art. Speziell die Frage, ob z. B. die Glyphosat-Resistenz, wenn sie auf Wildverwandte übertragen wird, denen eine größere Widerstandskraft verleiht war bislang unbeantwortet. Die Gentechnik-Industrie hat die immer verneint. Eine aktuelle Studie von Lu Baorong, Ökologe an der Fudan- Universität in Shanghai, zeigt, dass die Wildform einer Reissorte eine signifikante Erhöhung ihrer Widerstandskraft durch die Übertragung der Glyphosat-Resistenz bekommt. Die Forscher haben herausgefunden, dass die transgenen Glyphosat resistenten Wildreis-Pflanzen eine höhere Photosynthese-Rate aufzeigten, mehr Triebe und Blüten entwickelten und 48-125 % mehr Samen pro Pflanze produzierten als nicht-transgene Hybriden - in Abwesenheit von Glyphosat. Mit erhöhter Fruchtbarkeit des Wildreises kann natürlich auch seine Verbreitung in der Natur steigen. „Wenn die Glyphosat-Resistenz auf die wilden Reis-Arten übertragen wird, könnte ihre genetische Vielfalt bedroht sein, weil der transgene Genotyp die normalen Arten zurückdrängt“ kommentiert eine Pflanzengenetikerin an der University of Birmingham in England. *av*

USA: GV-Verunreinigung bei Luzerne

Luzerne wird in den USA großflächig als Futtermittel angebaut, zur eigenen Verwendung aber auch zum Export. Seit 2011 sind gentechnisch veränderte Luzerne-Sorten zugelassen, die resistent gegen das Spritzmittel „Roundup“, also den Wirkstoff Glyphosat sind. Ende August sind bei einem Landwirt aus dem Bundesstaat Washington Verunreinigungen gefunden worden, woraufhin der Händler die Lieferung des Landwirts nicht annahm. Experten warnen davor, der GVO-Fund könne den amerikanischen Export von Luzerne bedrohen. Sie raten den Landwirten, ihr Saatgut vor der Einsaat zu testen. Denn viele ausländische aber auch inländische Käufer verlangen gentechnikfreie Ware. So das Unternehmen ACX Pacific, ein wichtiger Exporteur von Luzerne in Länder wie Japan, Korea, China und Teilen des Nahen Ostens. Einmal mehr zeige sich, dass Co-Existenz ein Mythos sei, so Andrew Kimbrell, Geschäftsführer des Zentrums für Lebensmittelsicherheit. Die Kosten für entgangene Umsätze und Aufwendungen wie Tests trügen die gentechnikfrei wirtschaftenden Landwirte, deren Ernten verunreinigt werden und dadurch nicht mehr über die üblichen Absatzwege vermarktet werden können. *av*

Wer bleibt?

Die georgische Landwirtschaft ist seit Ende der Sowjetunion im Wandel und bleibt unter ihrem Potential

Hier wollten wir Weizen anbauen, aber der Boden ist zu salzig“, erzählt Herr Giorgi, „wir haben versucht Infrastruktur zur Entsalzung aufzubauen, haben leider zu spät damit angefangen. Jetzt bin ich froh, wenn ich auf dem Weg noch fahren kann.“ Er lächelt mich an und fährt weiter. Sein Lächeln habe ich während der Zeit, die wir in diesem Sommer miteinander verbracht haben, immer bewundert, angesichts der Lage in der er und sein Betrieb sich befinden. Herr Giorgi ist 65 Jahre alt und Bauer in Kachetien, einer Region im Osten Georgiens. Dieses fas-

früchten, Gemüse und Tee. Diese wurden in lokalen Konserven- und Weinfabriken verarbeitet und exportiert. So erreichte Georgien einen entscheidenden Vorteil gegenüber anderen Sowjetrepubliken: Zur Deckung der hohen Nachfrage georgischer Produkte setzte die Verwaltung zu Sowjetzeiten auf die produktionsfördernde Funktion der freien Marktwirtschaft und erlaubte der Bevölkerung in ländlichen Regionen, eigenes Land bis 0,25 ha zu bewirtschaften. Gleichzeitig garantierte man Festpreise für den Aufkauf dieser Produkte - mit einem Aufschlag von

etwas bedrückt und fügt hinzu, „außerdem kommen sie ohne Strom klar.“ Warum hier niemand aus dem Dorf arbeiten möchte und die Bewirtschaftung stattdessen an Menschen einer ethnischen Minderheit hängen bleibt, wird mir noch klarer, als wir den Stall erreichen: Ein Gebäude, dessen Dach auf der einen Seite nicht mehr existiert, auf der anderen Seite kurz vor dem Einsturz steht. Im Stall leben 45 Kühe, die gerade auf der Weide sind, gemolken wird per Hand. Die Milchleistung liegt bei 1.000 Litern im Jahr. Da es keine Infrastruktur für den Transport gibt,

Selbstversorgung an die Bevölkerung verteilt. Jeder Haushalt erhielt regional unterschiedlich 1,2 bis 5 ha. Doch die Infrastruktur fehlt: Im Sommer gibt es zu viel von allem, tonnenweise Obst verdirbt in den Gärten, im Winter wird Gemüse aus der landwirtschaftlich technisierten Türkei in die wohlhabenden Städte importiert. In Georgien leben über 50 % der Bevölkerung von der Landwirtschaft - bei einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt von weniger als 10 %. Der ländliche Raum ist arm und alt, die Arbeitsmigration ins Ausland liegt bei ca. 20 % seit 1990. Dabei ist das Potential groß: Jede Familie hat Flächen, vielfältig nutzbar, von Tee im Westen bis Bergkäse auf den Sommeralmen im Hochgebirge. Und der Bedarf im eigenen Land ist da: Durch die exportorientierte Produktion zur Sowjetzeit wurde die heimische Produktion von Getreide kaum gefördert. Heute werden rund 80 % des Weizens aus anderen Ländern importiert. Deshalb empfiehlt die Weltbank den Aufbau einer exportorientierten Landwirtschaft mit Südpunkten. Ob dies angesichts der zeitweise hohen Weltmarktpreise für Getreide, z.B. im Jahr 2008, eine nachhaltige Strategie ist, bleibt fraglich.



Das Dorf Ushguli im Norden Georgiens liegt in 2.200 m Höhe und lebt von Almwirtschaft, Käseverkauf und Tourismus

Foto: Kußmann

zinerend schöne Land liegt zwischen großem und kleinem Kaukasus am schwarzen Meer. Bauer ist Herr Giorgi aus Leidenschaft, seit knapp 40 Jahren - Jahren, in denen viel aufgebaut und zusammengebrochen ist. Als er 1972 begonnen hat zu arbeiten war er einer von sechs Leitern der Kolchose des Dorfs, einem privaten genossenschaftlichen Betrieb auf staatlichem Land, wie es sie in der gesamten UdSSR gab.

Marktorientierte Planwirtschaft

Das System war planwirtschaftlich organisiert, sein Betrieb hat nach den staatlichen Anforderungen produziert und dafür subventionierte Festpreise bekommen. Betrieben wurden Ackerbau, Weinbau und mehrere Kuhställe für Fleisch und Milch. Aufgrund der südlichen Lage Georgiens innerhalb der UdSSR war das Land verantwortlich für die Produktion von Wein, Zitrus-

mindestens 30 % gegenüber den staatlichen Festpreisen für Kolchosen. Die Wirkung dieser Regelung war enorm: Die landwirtschaftliche Produktion der Privatflächen betrug 40 % der Gesamtproduktion - bei 10 % der landwirtschaftlichen Gesamtfläche. „Alle im Dorf waren irgendwie in der Landwirtschaft beschäftigt. Jeder hatte einen Weinberg oder Gemüse“, sagt Herr Giorgi und fährt etwas schneller, da wir gerade ein besseres Stück Schotterweg zu seiner „Firma“ vor uns haben. Die Firma ist ein Stall für Milchkühe, fünf Kilometer vom Dorf entfernt in der Ebene. Der Weg wurde vor 29 Jahren geebnet, für die Strecke brauchen wir 30 Minuten. Deshalb besucht Herr Giorgi seine Firma auch nicht allzu oft. Versorgt wird sie von einer tatarischen Familie. „Tataren müssen nicht zur Schule, deshalb kann die Familie das ganze Jahr bei der Firma sein“, sagt er

wird die gesamte Milch von der Familie zu Käse verarbeitet, der alle drei Tage von einem Auto abgeholt wird.

Infrastruktur vernachlässigt

Die Kehrseite der georgischen Agrarpolitik zum Ende der Sowjetzeit: die Bevölkerung auf dem Land war daran gewöhnt, am profitabelsten auf dem eigenen Flächen zu arbeiten. Nach der Unabhängigkeit Georgiens 1991 haben die Menschen angefangen, ihre eigene Produktion zu erweitern. Kollektive Einrichtungen wie Ställe, verarbeitende Fabriken und Bewässerungssysteme wurden nicht erhalten und sind heute verkommen. Das Ergebnis war der Zusammenbruch des Vermarktungssystems, vor allem der Exportwege nach Russland, teilweise durch russische Wirtschaftsembargos verschärft. Um eine Nahrungsmittelkrise zu verhindern wurde das staatliche Land 1992 zur

Jeder hat Land

„Eigentlich ist alles da“, sagt Herr Giorgi, als wir ins Dorf zurück fahren. „Jeder hat Land, Maschinen werden staatlich subventioniert, die Steuern sind nicht hoch. Nur die Leute fehlen - wie soll ich der Handvoll Jugendlichen im Dorf denn sagen, kommt mit aufs Feld, wenn den ganzen Abend die amerikanischen und türkischen Serien im Fernsehen laufen und ihre Verwandten mit dem Mercedes zu Besuch kommen. Und viel Geld kann man ihnen nicht bieten“. Tatsächlich gibt es seit der neuen Regierung, die Ende 2012 gewählt wurde, staatliche Förderungen für die Landwirtschaft. Einige wenige haben es in den letzten Jahren geschafft, sich zu einer Kooperation von Biobauern zusammenzuschließen, die traditionelle Anbauverfahren gezielt nutzen, aber auch neue Techniken einbringen, und ihre Produkte in der Hauptstadt vermarkten. Wenn der Bedarf der wohlhabenden Bevölkerung in den Städten nach qualitativ hochwertigen georgischen Produkten steigt, besteht die Chance zum Ausbau der Landwirtschaft. Vielleicht wird der ländliche Raum dann auch wieder attraktiv für die eigene Jugend.

Sebastian Kußmann,
junge AbL

Schafe über Ländergrenzen

Deutsche Schäfer treffen den Karpaten-Hirtenzug

In dem idyllischen Bergdorf Chocholow in der Nähe von Zakopane am Fuße der Tatra treffen wir den „Karpaten-Hirtenzug“, um Solidarität mit unseren osteuropäischen Kollegen zu bekunden. Die Karpaten Schaf Transhumanz 2013 ist ein Projekt, mit sechs Hirten und 300 Schafen durch die fünf Länder der Karpaten zu ziehen, um auf die historische Transhumanz der Walachen (Walachei - eine Region in den Karpaten, die sich über Rumänien, Ukraine, Polen, Slowakei und die Tschechische Republik erstreckt) aufmerksam zu machen. Ausgegangen ist die Idee 2010 von Piotr Kohut, einem der größten polnischen Schafeigentümer. Die traditionellen Zugwege der Hirten waren in der Vergangenheit durch Ländergrenzen z.T. unüberwindlich getrennt. Nun soll dieser Zug sozusagen den Volksstamm der Walachen wieder vereinen und die gemeinsame Hirten-Kultur in den Karpaten fördern und bewahren. Das Hauptziel dieser Transhumanz ist das internationale Treffen von Menschen, die in den Karpaten leben und arbeiten. Die Integration, die Fähigkeit zu lernen und den kulturellen Reichtum der Bewohner, sowie den Reichtum und die Einzigartigkeit der Natur zu zeigen. Das Projekt steht für die nachhaltige Entwicklung der Berggebiete. Der Zug geht durch die Bergregionen der Karpaten über 1400 km.

Viele freundliche Menschen

Wir, etliche Mitglieder des Schafzuchtverbandes Berlin-Brandenburg und aus Nordrhein-Westfalen fahren gemeinsam in die kleine Ortschaft Chocholow, knapp 20 km entfernt von Zakopane. Immer wieder werden auf der Fahrt Erinnerungen an unseren Hirtenzug durch das Brandenburger Tor wach. Das Wir Gefühl, die Überwindung von Ost und West im eigenen Denken. Und nun sind wir auf dem Weg, osteuropäische Kollegen kennen zu lernen. Wir sind gespannt, was uns erwartet. Unser Bus hält am Feuerwehrhaus. Von hier ziehen wir mit unseren drei Flaggen

(Deutschland, Brandenburg und Polen) und unserem Gastgeschenk, einer geschmückten Schäferschippe, durchs Dorf dem Hirtenzug entgegen. An den Gartenzäunen stehen die Dorfbewohner und winken uns fröhlich zu. Wir hören leise volkstümliche Geigenmusik, die langsam lauter wird. Auf einer Anhöhe erscheinen vier Musikanten in wunderschöner Tracht. Hinter ihnen die Schafherde, begleitet von den Hirten. Sie kommen den Berg hinunter. Als sie uns erreichen, nehmen die Hirten unsere Schäfer mit Flaggen und Schäferschippe in ihre Mitte und von jetzt ab gehen Schäfer in ihrer deutschen Traditionskleidung mit diesem Hirtenzug. Die Dorfstraße ist gesäumt mit Zuschauern. Hier mit dabei sein zu dürfen macht stolz und glücklich. Vor dem Feuerwehrhaus macht der Zug halt, die Schafe werden auf eine Wiese geführt. Hirten, der Ortsbürgermeister, der Bürgermeister von Zakopane und die Organisatoren des Zuges um Piotr Kohut sammeln sich, umringt von den Zuschauern. Es werden Ansprachen gehalten. Die Bedeutung der Schäfer für die Karpaten wird betont: „Natur und Kultur sind die Schönheit der Karpaten“. Wir deutschen Schäfer werden „offiziell“ begrüßt. Die teilnehmenden Hirten bekommen einen Erinnerungsorden.

Potential zu begeistern

Auf der Rückfahrt bringt Knut Kucznik, Berufsschäfer aus Brandenburg, das Erlebte auf den Punkt: „Diese Veranstaltung war ein großer Erfolg. Nun hat man hier gesehen, dass es bei uns Hirten mit den gleichen Zielen gibt. Wir haben eine Lanze für alle westeuropäischen Länder gebrochen.“ Wir haben das Potential, Menschen für unseren Beruf zu begeistern. Lasst es uns nutzen, um Politik und Verwaltung für uns einzunehmen. Damit es mit der Schafhaltung in Europa weitergeht!

*Karin Viesteg,
Bundesverband Berufsschäfer*

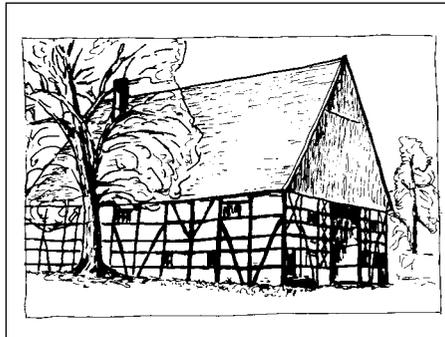


Fast am Ziel: Der Karpaten-Hirtenzug

Foto: Viesteg

Erntezeit

Im Herbst hinterlässt die landwirtschaftliche Ernte Stoppelfelder: Ein Stück ausgeräumte Landschaft bevor die neue Saat kommt. Wie anders ist es in den Gärten, dort herrscht Fülle. Auch in unserem Gemeinschaftsgarten, der jetzt über ein Jahr existiert. Dort haben sich Menschen zusammengefunden um zu gärtnern, jeder nur auf einem winzigen Stückchen Erde. Skeptisch waren sie, ob es gelingt, mit der Frage ringend, ob man nicht ein größeres Stück nehmen soll. Hier ist Bescheidenheit angesagt: mit wenig anfangen, um zu lernen



... aus Westfalen

und sich nicht gleich zu übernehmen. Ratlos stehen manche davor, mit der Frage beschäftigt, ob sie das überhaupt können. Durch das Miteinander trauen sich alle mehr zu, fangen an, tauschen sich aus. Es wird gesät und gepflegt - und gegenseitig geholfen. Dann kommt der Sommer. Auf einmal ist das Wachsen und Werden und die Fülle zu erleben. Die Gesichter verändern sich: In freudiger Erwartung gehen die Menschen zu ihrem Stückchen Erde, strahlend kommen sie wieder aus dem Garten heraus mit ihrer Ernte. Eine neue Erfahrung, die zeigt, wenn man sich etwas zutraut, einander vertraut und einfach anfängt, kommt man dem Paradies ein Stückchen näher. Hier gibt es die Vielfalt, die zu ernten und zu nutzen ist. Da gibt es kein Unkraut, nur verschiedenste Möglichkeiten der Verwendung des Gewachsenen. So lernen Menschen, was Reichtum ist, was es bedeutet verantwortlich zu sein für ein Fleckchen Erde. Und alle fiebern schon dem nächsten Jahr entgegen, um wieder zu gestalten. Wie sagte doch eine Gärtnerin: „Ich gehe in den Garten und komme wieder aus einer anderen Welt, beglückt und ausgeglichen.“ Also auf in die Gärten!

Ein Bauer (56) erzählt...

Selbst aktiv werden

für Solidarische Landwirtschaft (Solawi):

Von Januar bis April 2014 können vom Bundesprogramm „Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft“ (BÖLN) finanzierte Informations- und Beratungsveranstaltungen durchgeführt werden. Diese können auf Wunsch auch speziell auf einen Hof oder eine Initiative ausgerichtet werden und eignen sich somit zum Wissenstransfer beim Aufbau oder der Weiterentwicklung einer Solawi-Gruppe. Ein Raum, ein Mindestpublikum von 20 Personen und Mitarbeit bei der Vorbereitung sind die Aufgaben der Initiative vor Ort, Referentenkosten werden übernommen. Eine Veranstaltung geht über mindestens sechs Zeitstunden, max. einen Tag. Antragsfrist ist der 4. November 2013. Über das Netzwerk Solidarische Landwirtschaft können Anträge gestellt werden. Das Netzwerk veranstaltet zudem halbjährliche Netzwerktreffen, zu denen alle Interessierten herzlich eingeladen sind. Das nächste Treffen findet am 1. Novemberwochenende in Thüringen statt. Weitere Informationen, Solawi-Höfe- und Initiativen-Listen, sowie Kontakt finden Sie unter www.solidarische-landwirtschaft.org. Wer die Arbeit des Netzwerks unterstützen möchte, ist herzlich eingeladen, Mitglied zu werden. Das Netzwerk finanziert sich seit 2012 ebenfalls nach dem Solawi-Prinzip - d.h. gemeinschaftlich getragen. Katharina Kraiß, Netzwerk Solidarische Landwirtschaft, Tel. 0151 22084876, kkraiss@solidarische-landwirtschaft.org

Shut down Megaschlachthöfe!

Aktivisten diskutieren Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft und in nachgelagerten Betrieben

Verbraucherwünsche

Mit zwei neuen Projekten betreut durch die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) soll gezielt den zwei Haupteinkaufsargumenten Regionalität und Tierwohl der Verbraucher Rechnung getragen werden. Ein mit 220.000 Euro gefördertes und vom Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL) in Zusammenarbeit mit der Agrolisb GmbH durchgeführtes Projekt soll eine zentrale Datenbank für den Herkunftsabgleich aufbauen. 170.000 Euro bekommen die Landwirtschaftskammer Niedersachsen, die Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands (ISN) und das Friedrich-Loeffler-Institut (FLI) für ein Intensivberatungskonzept, welches das Ausmaß des Schwanzkupierens verringern soll. Mit Unterstützung eines Tierwohlberaters sollen 20 bis 30 Modellbetriebe betreut werden. Die Erkenntnisse sollen über Wissenstransfer in die Praxis verbreitet und ein Leitfadens entwickelt werden. cs

Mit diesem Ausruf (Megaschlachthöfe dicht machen!) brachte es die Sprecherin von eco ruralis, einer rumänischen Kleinbauernorganisation, auf den Punkt. Gefallen ist der Satz auf der Kundgebung der „Wir haben Agrarindustrie satt!“-Demo in Wietze. 7.000 Menschen demonstrierten Ende August für eine bäuerliche Landwirtschaft, gegen Agrarindustrie und umzingelten den mit Millionen-Subventionen errichteten Rothkötter-Schlachthof und unterstützten die örtliche Bürgerinitiative in ihrem Kampf gegen den Industriebetrieb. In einem Aktions-Camp diskutierten rund 150 VertreterInnen der europäischen Agraropposition. Mit dabei auch die Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg e.V. (ALSO).

Billigproduktion

Evelyn Schuckart und Michael Bättig moderierten im Camp den zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und der französischen Bauerngewerkschaft La Confédération Paysanne (CP) vorbereiteten Workshop „Faire Lebensmittel für alle“. Die Aufmerksamkeit galt hier der Billigproduktion von Nahrung, ihren Grundlagen und Folgen. Die CP stellte Ergebnisse ihrer zehnjährigen Untersuchung zur Lage von LandarbeiterInnen in Europa und dem angrenzenden Mittelmeerraum vor. Nicolas Duntze, Weinbauer aus Südfrankreich und Mitglied der CP, ging auf den agrarpolitischen Rahmen ein, die Konzentration auf immer größere und spezialisiertere Betriebe, den immensen Bedarf nach billiger

Arbeitskraft, die Zerstörung des Arbeitsrechts, die organisierte Migration und den globalen Zugriff auf immer weitere „Arbeitskraft-Reserven“. Der Milchbauer Romain Balandier ebenfalls von der CP gab Anregungen zur Gegenwehr und schilderte Kampagnen zur Verbraucheraufklärung über die Arbeitsweise der Agrarindustrie.

Unterdrückung und Einschüchterung

Héloïse Claudon berichtete von ihrer Recherche zu migrantischen Arbeitskräften in der deutschen Landwirtschaft und Ernährungsindustrie. Unterstützt von den AktivistInnen des Kampagnenbüros „Meine Landwirtschaft“ traf sie Gewerkschafter, Kirchenvertreter, Klein- und Großbauern, Industriemanager, Subunternehmer und migrantische ArbeiterInnen. Für sie ist die heutige „Charme-Offensive“ z.B. der Fleischindustrie (Mindestlohn, bessere Unterkünfte für Werkvertragskräfte) nur Kosmetik. Die Lage migrantischer ArbeiterInnen ist weiter gezeichnet von Unterdrückung, Einschüchterung, nicht eingehaltenen Lohnversprechungen, fehlenden Arbeitsverträgen, unbezahlten Überstunden, Menschenhandel, mafiosen Strukturen bis hin zum Eindringen krimineller Rockermilieus bei Subunternehmen, wenig gewerkschaftlicher Unterstützung, zerrissenen Familien und ruiniertes Gesundheit. Oft liegt der Lohn nur bei rund fünf Euro/Stunde – egal was auf dem Papier steht, so es das überhaupt gibt. Als Lichtblick bezeichnete sie ein Beratungs- und Unterstützungsangebot des „Netzwerks Menschen-

würde in der Arbeitswelt“ im „Forum“ der Kirchengemeinde in Cloppenburg.

Die Confédération Paysanne machte deutlich, dass allein ein Ende der immer weiter fortschreitenden Konzentration der Lebensmittelerzeugung und die Schließung der Großschlachthöfe, verbunden mit dem Neuaufbau einer bäuerlich-ökologischen und fairen Landwirtschaft in allen Ländern Ernährungssicherheit und ein würdevolles Leben bringen wird.

Aus der Region für die Region

Gegen die Weltmarktausrichtung der europäischen Agrarpolitik sprach sich Ottmar Ilchmann, Milchbauer und Vorsitzender der AbL Niedersachsen, aus. Er betonte, „damit die Weltmarkteroberungspläne von Fleischkonzernen, Großmolkeereien und anderen wahr werden können, müssen Europas Bauern dauerhaft unterhalb ihrer Produktionskosten abliefern.“ Das funktioniere aufgrund des Auseinanderklaffens von Kosten und Erlösen für Bauern höchstens zeitweise - gefördert durch die EU-Direktzahlungen. Von Bauern verlangt dieses System eine Selbstaussbeutung und die Ausbeutung der Familienangehörigen, von Mitarbeitern, Tieren, Böden und der Umwelt. Heute nutzen landwirtschaftsfremde Investoren die prekäre finanzielle Situation bäuerlicher Betriebe zudem, um sich die landwirtschaftlichen Flächen anzueignen.

Faire Lebensmittel kosten mehr

Die ALSO sprach einer dem Profit, statt dem Erhalt der Ernährungsgrundlagen verpflichteten Agrarindustrie das Recht auf Boden und den Zugriff auf die Agrarbetriebe ab. Sie wies darauf hin, dass die Sozialgesetzgebung und Niedrigsteinkommen den marktbeherrschenden Lebensmittelketten Edeka, Lidl, Aldi, Rewe und Metro (mit inzwischen 90 Prozent Marktanteil) mit ihren Billigpreisen Kunden zutreiben. Rund 30 Prozent der Bevölkerung können sich schlicht nicht mehr leisten – die Forderung zu deutlichen Anhebungen unterer Einkommen und Sozialhilfesätze ist daher unausweichbar und decke sich mit Interessen von Bauern und Umweltschutz. Klar ist, so Ilchmann, dass auf Dauer eine landwirtschaftliche Produktion, die von einem Großteil der BürgerInnen abgelehnt wird, unmöglich ist. „Reichen sich Bauern und Verbraucher über die Zwischenglieder der «Wertschöpfungskette» hinweg die Hand, können sie gemeinsam viel erreichen: eine Landwirtschaft, die dem Umwelt- und Grundwasserschutz, Tierwohl und dem Erhalt der Artenvielfalt dient und auch noch faire Arbeitslöhne bietet.“

Guido Grüner,

Redaktion der ALSO-Zeitung „quer“



Auch Niedersachsens Landwirtschaftsminister Christian Meyer kam ins Democamp Foto: Nürnberger

Was Pflanzen wissen und können

Pflanzen können sehen, Farben unterscheiden und riechen. Zwar nicht so wie wir Menschen mit Augen und Nasen – aber genau so effektiv durch Rezeptoren, Moleküle und elektrische Signale. Sie steuern so Richtung, Art und Zeitpunkt ihres Wachstums, Blühens und Reifens. Verletzte oder befallene Blätter warnen die anderen Schwesterblätter. Nicht nur insektenfangende Pflanzen und Mimosen können verschiedene Berührungs-Arten unterscheiden und unterschiedlich darauf reagieren. Eine Pflanze weiß, wo sie ist und richtet Wurzel- und Sprosswachstum danach aus. Pflanzen können sich an Stress-Situationen und Infektionen erinnern, ihre spätere Entwicklung dadurch beeinflussen und diese Erinnerungen sogar an ihre Nachkommen weitergeben.

Hören können Pflanzen allerdings nicht. Schon Charles Darwin spielte den Pflanzen vergeblich auf dem Fagott vor. Pflanzen sind taub. Entgegen vielfachen Berichten reagieren weder Zimmerpflanzen, Weizen oder Wein auf Geräusche oder Musik – egal ob von Mozart oder den Rolling Stones.

Pflanzen haben kein Gehirn und kein Bewusstsein, sie kennen Glück oder Unglück nicht. Eine außerordentlich beruhigende Erkenntnis – wenn man den Mäher startet oder den Salat anrichtet. Trotzdem hat der re-

nommierte Biologe und Autor Daniel Chamovitz recht, wenn er am Ende seines spannend zu lesenden und außerordentlich lehrreichen Buches meint: „Wenn Sie also das nächste Mal wieder durch einen Park schlendern, halten Sie einen Augenblick inne und fragen Sie sich: Was sieht der Löwenzahn in der Wiese? Was riecht das Gras? Berühren Sie die Blätter einer Eiche in dem Wissen, dass sich der Baum an die Berührung erinnern wird...“ *en*

Daniel Chamovitz, Was Pflanzen wissen – Wie sie sehen, riechen und sich erinnern; 210 Seiten, Carl Hanser Verlag München, 2013; ISBN : 978-3-446-43501-8; 17,90 Euro



Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht

bitte ankreuzen

Ausgabe: 2013 2012 2011 2008 2007
22,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€ 10,-€

| | |
|---|----------------------|
| Expl. Bauernparty Neuerscheinung Nov. 2013 | Stückpreis ca 11,- € |
| Expl. Nützt ja nix | Stückpreis 11,- € |
| Expl. Aus dem Moor (erweiterte Neuauflage) | Stückpreis 11,- € |
| Expl. Ein Bauer erzählt, CD | Stückpreis 10,- € |
| Expl. Schubkarrenrennen, | Stückpreis 11,- € |
| Expl. Nehmt und Euch wird gegeben | Stückpreis 27,40 € |
| Expl. Der Wollmützenmann, | Stückpreis 11,90 € |
| Expl. Matthias Stürwoldt live, CD, | Stückpreis 9,50 € |
| Expl. Verliebt Trecker fahren, | Stückpreis 9,90 € |
| Expl. was für'n schöner Scheiß, CD | Stückpreis 10,- € |
| Expl. König Silo, CD | Stückpreis 10,- € |
| Leitbild Schweiz oder Kasachstan | Stückpreis 8,-€ |
| Expl. Jung, dynamisch, erfolglos? | Stückpreis 8,-€ |

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____ Bank: _____

Telefon: _____ ggf. E-Mail: _____

Name: _____ Adresse: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

Lebensmittel-Lügen

Kaum ist es herausgekommen, schon wird es heftig diskutiert: das neue Buch der Verbraucherzentralen, das aufklärt über Marketingtricks und Verpackungsmogeleien. Die Ernährungsindustrie protestiert und sieht sich verunglimpft, Politiker nehmen die Unternehmen in Schutz – es würde sich alles im rechtlichen Rahmen bewegen. Der scheint erstaunliche Lücken zu lassen: Beim Blättern im Ratgeber für praktisch einkaufende Menschen, die nicht mit Lupe und Insiderwissen durch die Geschäfte laufen, wird klar, dass die Unternehmen genau wissen, welche Eigenschaften sich gut verkaufen – und wie sie die Beschreibung der Produkte darauf zuschneiden, auch wenn der Zusammenhang oft dünn und teilweise gar nicht vorhanden ist. Der Anfang des Buches klärt über die Entwicklung von Werbung und Marketingtrends auf. Den Hauptteil bilden die Top Ten der Verbrauchertäuschung: Dabei geht es u.a. um Mäh statt Mäh, Produkte von nah oder doch von fern? und um Luftnummern bei Füllmengen. Ergänzt werden die kritisch beleuchteten Beispiele durch Tipps, um doch noch durchzusteigen, und durch politische Forderungen der Verbraucherzentralen, um Klartext zu schaffen. Sehr lesenswert auch die zahlreichen Klageerfolge gegen Verbrauchertäuschung. *cw*

Verbraucherzentrale NRW (Hrsg.), Lebensmittel-Lügen – Wie die Food-Branche trickst und tarnt, 223 Seiten, ISBN: 978-3-86336-031-3, 9,90 Euro, zu beziehen über den ABL Verlag

Milchbauern und ihre Wirtschaftsstile

Mit diesem Buch gibt Dr. Karin Jürgens einen geschichtlichen Überblick, welchen Einfluss die wissenschaftliche und insbesondere agrarsoziologische Betrachtung der Milchviehbetriebe auf die Ausrichtung der Agrar- und Förderpolitik und somit die Bauernhöfe genommen hat. Die Agrarsoziologin, die maßgeblich an der, Anfang des Jahres, veröffentlichten Milchkostenstudie in Zusammenarbeit mit dem Milch Board beteiligt war, zeigt deutlich, wie sich die Anforderungen und Vorstellungen zur Milchviehhaltung im Laufe der Zeit verändert haben – dass die Realität auf den Betrieben jedoch immer schon vielgestaltig aussah. Im zweiten Teil des Buches werden an Hand ausgewerteter Interviews neun Milchviehbetriebe aus Mitteldeutschland vorgestellt, die ganz unterschiedliche Entwicklungen aufgrund verschiedener Entscheidungskriterien und persönlicher Hintergründe gemacht haben und somit einen Teil der vielfältigen Wirtschaftsstile abbilden: Wirtschaften im Plus mit Vielfalt, Intensivierung und Spezialisierung, neue Vielseitigkeit, zusammen-wachsen. *cw*

Karin Jürgens, Milchbauern und ihre Wirtschaftsstile – Warum es mehr als einen Weg gibt, ein guter Milchbauer zu sein, Reihe „Agrarkultur im 21. Jahrhundert“, 211 Seiten, ISBN: 978-3-89518-953-1, Metropolis Verlag, Marburg 2013, 18,- Euro, zu beziehen über den ABL Verlag

Alles auf Zucker

Ein gut lesbares und solide recherchiertes Buch über den allgegenwärtig verlockenden isolierten Zucker als Krank-, Sucht- und Dickmacher in zahllosen Produkten vom geschmacksprägenden Babybrei über Getränke und Süßspeisen bis hin zu Suppen und Fleischwaren, über Zuckerbarone und internationale Zuckerlobbyisten, über Arbeitsbedingungen und Sklaverei, über „Zuckerforscher“ und Zuckerförderung, über scheinbare Zuckerersatzstoffe wie Fructose, Aspartam oder die umgezüchtete Stevia-Pflanze. Grimms Alternativen: „Richtiges Essen essen“, also keine isolierten Süsstoffe, sondern Zucker in Obst- oder anderer Form inklusive Ballaststoffen. Und Zucker als möglichen Ersatz-Rohstoff für Rohöl bei der Herstellung von Kunst- und Energiestoffen. *en*

Hans-Ulrich Grimm, Garantiert gesundheitsgefährdend – Wie uns die Zucker-Mafia krank macht; 306 Seiten; Droemer-Verlag, München, 2013; 18,- Euro.

(Klein) Anzeigen**Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?**

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 15,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 25,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 17,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben.

Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste 2013:

www.bauernstimme.de/unabhaengige-bauernstimme/anzeigen.

Anzeigen und Chiffrezuschläge bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-mail: anzeigen@bauernstimme.de. **Anzeigenschluss für BS November ist der 15. Oktober 2013**

Hof und Arbeit

• **Suchen Resthof**, mind. 2 ha Voraus. keine Massentierställe, Agrogasanlagen, keine Erdgasbohrungen im Umkreis von 20 km. Gemeinde mit Charakter, die sich konsequent dagegen einsetzt. ☎ 04255-9837533 Durchholz/Sievers

• **Mitarbeiter auf ECOVIN** Weingut sucht christliche Ökoaktivistin m. obstkundlichem Interesse zwecks mf. sehr bescheidenen gemeinsamen Lebens. Chiffre 2013-10-1

Tiermarkt

• **Rentner, Gärtner** und Landwirt, NR, alleinstehend sucht ebenerdige 2 Zi-Wohnung bei einem Landwirt. Gerne mit Mittagstisch (evtl. später Vollverpflegung). Angemessene Vergütung monatlich 900 - 1.200 €. Baden-Württemberg, Schwarzwald oder Allgäu bevorzugt. Angebote unter ☎ 07726-3787837, ab 19 Uhr

• **Verkaufe** laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609



WINDENERGIE- BETREIBER GESUCHT

Wir erwerben Ihren Windpark/Einzelanlage oder Ihre Mehrheitsbeteiligung - ohne Vermittlungs- oder Maklerprovisionen.

wpd onshore GmbH & Co. KG
Bremen, Bietigheim-Bissingen,
Düsseldorf, Kassel, Potsdam, Viöl
Telefon: 0421 / 168 66 10
akquise@wpd.de, www.wpd.de



EITL | Freund & Partner

Lutherstadt Wittenberg

Steuerberatung für die Landwirtschaft



Ihr Ansprechpartner
Marcel Gerds
Agrarökonom (M.Sc.)

- Finanz- und Lohnbuchhaltung
- Jahresabschluss nach BMELV-Anforderungen
- Bilanzen & Steuererklärungen (privat & betrieblich)
- Optimierung von Erbschafts- und Schenkungssteuer (Hofnachfolge)
- Betriebsvergleich

Beratung mit Agrarexpertise

Freund & Partner GmbH
Steuerberatungsgesellschaft
Niederlassung Wittenberg
Berliner Straße 1
06886 Lutherstadt Wittenberg

Tel: (03491) 4180-0
Fax: (03491) 4180-12
E-Mail: agrart@etl.de
Web: www.etl.de/fp-wittenberg
www.facebook.com/fpwittenberg

Termine**Brasilien im Wandel**

07.09.2013, Hannover, 19 Uhr
Zum Thema: „Brasilien - Großgrundbesitz oder bäuerliche Landwirtschaft - ein Land im agrarpolitischen Wandel“ diskutieren P.A. Schönardie, landloser Kleinbauer aus Basilien, Stig Tanzmann von Brot für die Welt und Ottmar Ilchmann, Milchbauer und AbL Landesvorsitzender Niedersachsen
Freizeitheim Vahrenwalde, Varenwalder Straße 92, 30165 Hannover

Stressarm mit Rindern

7./8.10.2013, Dargen (Usedom)
26./27.10.2013, Lüder (Nieders.)
Zweitägige Intensivseminare für Mutterkuh- und Rinderhalter: „Low-Stress-Stockmanship - Stressarm, effizient und sicher mit Rindern arbeiten - Trainieren mit Tieren“
Infos: ☎ 039829 - 22594
www.stockmanship.de

Oktobertagung

10.-13.10.2013, Osterholz
Tagung der Freien Ausbildung des Demeterverbandes zum Thema: Gemeinschaft LEBEN - Das Ich Im Wir.
Infos: www.novembertagung.de

Nachhaltigkeit im Alltag

17.-19.10.2013, Halle (Saale)
Buen Vivir das ursprünglich indigene Konzept aus den Anden wird auch hierzulande diskutiert. Diskutiert wird das Thema Nachhaltigkeit in Schule, Hochschule und Alltag.
Informationen und Referenten: <http://buenvivir-in-halle.de/>

Soziale Landwirtschaft

22.-23.10.2013, Mindelheim
Thema: Beschäftigung und Betreuungsleistungen auf dem Bauernhof für Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Landwirte und Bäuerinnen, die sich vertiefend informieren und vernetzen möchten oder aber Interesse an einem Einstieg in diesen Bereich haben sind herzlich eingeladen.
Kloster Lohhof, Bundesstraße 16, Mindelheim, Infos: www.asg-goe.de

Vom Winde verweht

25.10.201 in Berlin, 11:30-21 Uhr
Bodenschutz zwischen Ernährungssicherheit und Klimawandel ist das Thema der Veranstaltung im Vorfeld der Global Soil Week.
Heinrich Böll Stiftung, Schumannstr. 8, 10117 Berlin. Anmeldungen bei Agrarkoordination info@agrarkoordination.de ☎ 040-392526

Öko-Junglandwirte-Tagung

25.-27.10.2013, Fulda
Anspruch und Wirklichkeit im Ökolandbau diskutieren die Teilnehmer der Tagung.
Tagungskarte 120,- € (80,- € ermäßigt)
Anmeldung: Stiftung Ökologie & Landbau, Weinstäbe Süd 51, 67098 Bad Dürkheim, volz@soel.de

Regionalvermarktung

25.10.2013, Ulmen, 11-17 Uhr
Die Regionalvermarktung steht vor großen Problemen. Wie finden Konsumenten und Erzeuger zusammen, wo liegen die Probleme und wie lassen sie sich lösen?
Teilnehmergebühr 38,- €, Anmeldung an: dietmar.johnen@ruene.landtag.rlp.de.
St. Martin Gastronomie, Eifel-Maar-Park 11, 56766 Ulmen

Solidarische Landwirtschaft

01.-03.11.2013, Wipfradtal
Herzlich eingeladen sind alle Interessierten zur Jahreshauptversammlung des Netzwerks Solidarische Landwirtschaft. Auf dem Programm stehen der Erfahrungsaustausch zwischen aktiven Solidarhöfen und Initiativen und die Arbeit des Netzwerks.
Tagungsbeitrag 20,- €, NaturErlebnisHof Hausen, Zur Mühle 3, 99310 Hausen. Weitere Informationen und Anmeldung: info@solidarische-landwirtschaft.org, ☎ 0151-20618191



Herbsttagung der AbL Schleswig-Holstein

Donnerstag, 31. Oktober, 20:00 Uhr

Wie gestaltet sich eine auf Leguminosen basierende Eiweißstrategie für Schleswig-Holstein?

Anschließend Vorstellung und Aussprache der AbL Schleswig-Holstein
Möhls Gasthof (www.moehls.de), 24808 Jevenstedt, Dorfstr. 12, nahe Rendsburg



Herbsttagung der AbL Niedersachsen

Sonntag, 3. November 2013 10-16 Uhr

Botulismus und BHV 1 sowie aktuelles aus Niedersachsen und dem Bundesgebiet

Referenten:
Dr. Matthias Link, praktischer Tierarzt
Klaus Wohldmann, betroffener Landwirt und IG Botulismus
Prof. Dr. Monika Krüger, Uni Leipzig (angefragt)
Moderation: Ottmar Ilchmann
Vorstand AbL Niedersachsen,
Ecki Niemann zu Bauernhöfe statt Agrarfabriken
Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer

Meyer's Gasthaus, Bahnhofstraße 67, 26197 Huntlosen b. Oldenburg



Jahresmitgliederversammlung Mecklenburg-Vorpommern Brandenburg & Berlin

Samstag, 26. Oktober 2013 10 - 16 Uhr

Der Kampf um Boden und gegen Landraub steht auf der politischen Tagesordnung

- 10:00 Uhr Das Global Soil Forum (Welt-Boden Forum)
Die Arbeit des IASS in Potsdam
- 11:00 Uhr Politische Konsequenzen aus der Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur in einem demokratischen Staat im Land Brandenburg, Referent Axel Vogel
- 11:45 Uhr Eine neue Bodenpolitik für eine bäuerliche Landwirtschaft Impulse von Dr. Jörg Gerke, Johannes Erz, Michael Beleites und Michael Grolm
- 13:00 Uhr Mittagspause, anschl. Diskussion zum Thema Bodenpolitik und Landraub
- 14:45 Uhr Kaffeepause
- 15:00 Uhr Landesmitgliederversammlung

Tagungshaus „Treffpunkt Freizeit“, Am Neuen Garten 64, 14469 Potsdam
Unkostenbeitrag inkl. Verpflegung 20,- €

AbL Tagungen in der Evangelischen Landjugendakademie in Altenkirchen/Westerwald



**Einladung zur Tagung der JAbL
Bäuerliche Zukunftsmusik**
21. November 2013 17.00 Uhr bis 22. November 2013 13.00 Uhr

Wir setzen auf Inhalte der Teilnehmer*innen und strukturelle Fragen
- gemeinsam gestaltet als Open Space -
Anmeldung bis zum 15. November bei junge-abl@abl-ev.de oder Carla Proetzel 0178 1626068
Aktuelle Infos und Programm unter www.abl-ev.de/junge-abl



**Einladung zur agrarpolitischen Tagung
und AbL-Bundesmitgliederversammlung**
vom 22. - 24. November 2013

**Die Situation auf den Höfen...
und unsere Visionen für eine bäuerliche Zukunftslandwirtschaft**

Freitag, 22.11.2013 14.00 Uhr Arbeitsforen zu Strukturen für eine bäuerliche Interessensvertretung und einem Markt der bäuerlichen Aktivitäten und Ideenschmiede
19.15 Uhr Diskussionsrunde zum Schwerpunktthema
Samstag, 23.11.2013 9.00 Uhr Diskussionsforen zu agrarpolitischen Themen
14:30 Uhr Bundesmitgliederversammlung der AbL e.V.
Sonntag, 24.11.2013 8:00 Uhr Morgenandacht, Frühstück und für Interessierte ein „MV-Nachlese-Frühschoppen“

Beide Tagungen finden in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Jugend in ländlichen Räumen (ejl) statt
Anträge für die AbL-Bundes MV schriftlich bis zum Antragsschluss 12. Oktober 13:
Georg Janßen, AbL Bundesgeschäftsführer, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg
Anmeldung bitte an info@abl-ev.de, oder per Fax: 0238/492221
Das ausführliche Programm wird in der Novemerausgabe der Unabhängigen Bauernstimme veröffentlicht. Jedes AbL Mitglied erhält eine schriftliche Einladung.



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Ansprechpartner Sprecherrat

Andrea Kraus, Tel. 0177 439 1708, and.rea.kraus@gmx.de; Jan Wendel, Tel. 0152 28545399, dschahn@gmx.de; Florian Gleißner, Tel. 0152-02610448, florian.gleissner@domaene-fredenburg.de

Niedersachsen

Landesverband: Ottmar Ilchmann, Tel.04967-334, o.ilchmann@yahoo.de

Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de

Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje.t-online.de

Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com

Südnids.: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de

Weser-Ems: Ernst Steenken, Tel. 04482-660, steenken@ewetel.net

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221

Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069

Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264

Herford: Friedel Gieseler; Tel.: 05221/62575

Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761

Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421

Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel: 05484/657

Westmünsterland: Martin Ramschulte; Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de

Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingerode@t-online.de

Henrik Maaß, Tel.: 05542-500267, Mobil.: 0160/8217015, maass@abl-ev.de

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch,

Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;

Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Geschäftsstelle Landesverband: Frieder Thomas; Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de

Bodensee: Anneliese Schmeih; Tel.: 07553-7529, a.schmeih@hagenweilerhof.de

Oberschwaben: Bärbel Endraß; Tel.:07528-7840, info@biohof-endrass.de

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654

Geschäftsstelle: Gertraud Gafus und Andrea Eiter; AbL-Bayern Irlberg 41 83454 Anger Tel.:

08656-393; Internet: www.abl-bayern.de Mail: abl-bayern@web.de

Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Gertraud

Gafus, Tel. 08656-393

Land an Rott und Inn: Margarete Stoiber, Tel. 08536-91091; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725-

304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de

Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel: 08320-512; ablallgaeu@gmx.de

Oberland: Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp@web.de; Walter Mauk, Tel. 08179-33

Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de

Franken: Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194 / 8480

Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel

Tel. 09090-5791396, adelguetl@online.de

Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de; Armin Hartleitner,

0175-72 550 12, armin.hartleitner@ziertheim.net; Internet: www.abl-bs.de;

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Michael Beleites, michael.beleites@web.de (Sachsen); Michael Grolm, Tel:

036450/446889, M.Grolm@gmx.de (Thüringen)

Sachsen Anhalt: Claudia Gerster, Tel: 034465/21005, sonnengut-dietrichsroda@t-online.de

Thüringen: Volkmar Voigt, Tel: 036694/36250, volkmarvoigt@web.de; Frank Neumann, Tel:

036623/23737, berghoffrank@hotmail.de; Daniela Kersten, Tel: 036421/23497,

mail@kanzlei-kersten.de;



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28,

21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Julia Frenzel, Tel: 0152-28625363, junge-abl@abl-ev.de

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298;

Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455

Interessengemeinschaft Ostdeutschland:

Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273

Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken

Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annemarie Volling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg; Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758,

E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

Eiweißpflanzenprojekt: „Vom Acker in den Futtertrog“:

Christoph Dahlmann, Tel: 02381/9053170, dahlmann@abl-ev.de

Internationale Agrarpolitik:

Berit Thomsen, Tel.: 040/397858, Fax: 040/3978587, thomsen@abl-ev.de



Mitgliedsantrag Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 95,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 130,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 40,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 65,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Scheiß-Bauernparty!

Es ist jetzt ein paar Wochen her, dass auf unserem Hof die bislang letzte große Party stattfand. Unsere Zwillinge Nora und Peer waren im Frühjahr volljährig geworden und haben ihre achtzehnten Geburtstage nachgefeiert. Ehrlich gesagt, hatte ich vorher etwas Angst um den Hof. Wie leicht kann es passieren, dass irgendein besoffener Spacken sich auf den Heuboden zurückzieht, dort meint, eine Zigarette schmökern zu müssen, und zwei Stunden später liegt der ganze Hof in Schutt und Asche. Aber es ist alles gut gegangen. Ich werde nie vergessen, wie schön es war, am nächsten Morgen aufzuwachen und noch am Leben zu sein. Der Hof stand noch, und bis auf ein paar zerbrochene Flaschen war alles heil geblieben.

Erstaunlich finde ich oft, wie unergründlich, sonder- und wunderbar die eigenen Kinder sich im Laufe der Zeit entwickeln. Vor zwei Jahren noch, anlässlich der Feier zu ihrem sechzehnten Geburtstag, war unsere Tochter Nora in einer Phase der absoluten Verleugnung ihrer bäuerlichen Herkunft. Am liebsten wäre es ihr gewesen, wenn niemand gewusst hätte, dass sie von einem Bauernhof kommt. Deshalb hatte sie eigentlich geplant, ihren Geburtstag in unserem Dorfgemeinschaftshaus zu feiern, aber nach schlechten Erfahrungen mit intensivem Vandalismus anlässlich jugendlicher Geburtstagsfeten hatte die Gemeinde die

Vermietung der Räumlichkeiten an Jugendliche kurz zuvor kategorisch und für alle Zeit ausgeschlossen. Also hatte Nora zähneknirschend zugestimmt, ihren Geburtstag gemeinsam mit ihrem Zwillingenbruder Peer und ihrer zwei Jahre älteren Schwester Marie in der Maschinenhalle unseres Hofes zu feiern. Das Gute daran war, dass die Maschinenhalle zu diesem Zweck elf Jahre nach der letzten größeren Veranstaltung endlich mal wieder gründlich aufgeräumt wurde; das Schlechte daran war, dass nach der Fete mit etwa 250 jugendlichen Gästen von diesen Aufräumarbeiten leider

nichts mehr zu sehen war. Nora hatte eine genaue Vorstellung davon, wie diese Party ablaufen sollte und wie sie auf dieser Party aussehen wollte. Sie bestellte sich ein hinreißendes Kleid und total unpraktische, verteuert hohe Schuhe. Damit sie mit diesen Schuhen unfallfrei vom Wohnhaus in die Maschinenhalle gelangen konnte, schlug sie uns vor, den Weg zur Halle vor der Feier bitte zu asphaltieren oder zu pflastern. Wir haben es nicht getan. Als Sitzgelegenheiten für die zahlreichen Gäste forderte sie uns auf, bei der Feuerwehr Dutzende von Biergartengarnituren zu mieten. Es waren aber nur

runter, und natürlich lümmelten sich abends alle Leute auf den Strohlappen herum, während die unbequemen Biergartengarnituren leer blieben.

Seitdem sind über zwei Jahre vergangen, und zwischen sechzehn und achtzehn passiert eine Menge. Als wir nun dabei waren, die Party anlässlich des achtzehnten Geburtstages vorzubereiten – sie sollte in der großen Diele unseres Bauernhauses stattfinden, und Nora und Peer haben ordentlich daran gearbeitet, sie partytauglich zu gestalten – da stellten die beiden unsere drei eigenen Biergartengarnituren in

der Diele auf, und ich fragte Nora, wo denn die ganzen Leute sitzen sollten. Sie antwortete, die meisten würden auf Partys ohnehin herumstehen, und zur Not könnten wir ja kurzfristig noch einen Haufen Strohlappen vom Heuboden runterwerfen. Erstaunt blickte ich Nora an und rief: „Strohlappen? Die Leute sollen auf Strohlappen sitzen? Ey, das soll hier keine...“ Nora richtete sich auf und fiel mir ins Wort: „Papa, natürlich wird das eine Scheiß-Bauernparty! Ich mein: Guck uns doch an, guck dir den Hof an und die Diele! Natürlich wird das eine Scheiß-Bauernparty, und es wird klasse!“ Breitbeinig und stolz stand sie da, inzwischen mitten im Leben, und war sich ihrer Sache sicher. Sie lachte ein lautes, helles, selbstbewusstes Lachen.

Es wurde ein tolles Fest, eine richtig klasse Scheiß-Bauernparty. Und das Beste ist: Der Hof steht noch...

Matthias Stührwoldt



Partyvorbereitung: Schnell noch ein paar Strohlappen pressen

Foto: Dunkel/pixelio

sechs Garnituren frei. Bei den Aufbauarbeiten am Nachmittag zuvor erzählte ich davon, und Nora geriet außer sich und rief: „Und wo sollen die ganzen Gäste sitzen?“ Ich antwortete, dass die meisten auf Partys ohnehin herumstehen und dass wir zur Not ja kurzfristig noch einen Haufen Strohlappen vom Heuboden runterwerfen konnten. Und Nora schrie: „Strohlappen? Die Leute sollen auf Strohlappen sitzen? Ey, das soll hier keine Scheiß-Bauernparty werden!“ Und sie fluchte noch ein wenig herum. Später, als sie sich beruhigt hatte, warfen wir dann doch noch Strohlappen

klasse Scheiß-Bauernparty. Und das Beste ist: Der Hof steht noch...

„Bauernparty und andere Geschichten aus dem Birkenland“ heißt das neue Buch mit hochdeutschen Geschichten von Matthias Stührwoldt, welches im November 2013 erscheint. Zum Selberlesen oder als Geschenk - Jetzt schon vorbestellen! Dafür bitte den Buchbestellcoupon auf Seite 21 dieser Ausgabe nutzen.

unabhängige Bauernstimme: fürs zusammen feiern

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (39,60 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 28,40 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,- € bzw. 32,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten Datum Beruf

(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221